

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

folge der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 80 A.

Inhalt: Feinde der Freizügigkeit. — Liberalismus und Sozialdemokratie. — Politische Unschönheiten. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Schiedsgericht für das rheinisch-westfälische Tarifgebiet. — Bekanntmachung des Verbandesvorsitzenden. — Bericht. — Christlicher Streik. — Arbeit in Meide. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterverletzungen, Submissionsen etc. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Feinde der Freizügigkeit.

Nach dem Bundesgesetz vom 1. November 1867 hat jeder Reichsangehörige das Recht, innerhalb des Reichsgebietes sich an jedem Orte aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder Unterkommen sich zu verschaffen im Stande ist. Nur Personen unter elterlicher Aufsicht sind an die Zustimmung ihrer Eltern oder Vormünder gebunden, und vorbestrafte Personen, insbesondere solche, die in den letzten 12 Monaten wegen Betruges oder Landstreichens verurteilt sind, kann der Aufenthalt, mit Ausnahme des Heimatstaates, verweigert werden.

Dieses Recht der Freizügigkeit ist eines der wichtigsten Staatsbürgerrechte, besonders für den Lohnarbeiter, der von der Lage des Arbeitsmarktes abhängig ist. Es bildet für ihn eine wertvolle Ergänzung des Sozialrechts. Dem Lohnarbeiter, dem die Gesetzgebung das Konfessionsrecht zur Zeit noch verweigert, muß das Freizügigkeitsrecht das erstere sogar völlig ersetzen. Ohne die Möglichkeit, seine Heimatgemeinde verlassen zu können, um lohnendere Arbeit und bessere Behandlung zu finden, wäre der Lohnarbeiter als Schollenflabe dem Gutsherrn auf Gnade oder Ungnade überliefert. Wenn in den ländlichen Provinzen, besonders im Osten des Reiches, die Grundbesitzer gezwungen wurden, die Löhne etwas aufzubessern und mit den allerschlimmsten Missständen etwas aufzuräumen, so ist dies lediglich dem durch die Massenabwanderung vom Lande durch die Sachsen- und Westgängerzettel verursachten Arbeitermangel zu danken, eine Wirkung des Freizügigkeitsrechtes. Aber dieses Recht auf Freizügigkeit, das die Agrarier zwingt, entweder mehr Lohn zu zahlen, oder sich auf hohe Kosten billigere, aber weniger zuverlässige Arbeiter aus Polen, Galizien und Ungarn kommen zu lassen, erfreut sich dafür auch des ungeteilten Lobes der realistischen Zunftverbände. Kaum jemals ist mehr gegen eine gesetzliche Ordnung geklagt und gewünscht worden, als seitens der preussischen Zünfte gegen das Freizügigkeitsrecht der Arbeiter.

Schon in den siebziger Jahren nahm diese Gehe ihren Anfang, um sich dann inmitten der agrarischen Gesetzgebungsperiode zu Vorstößen in den gesetzgebenden Körperschaften zu verdingen — zunächst nur im Reichstage, da man auf die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung Rücksicht nehmen mußte. So versuchten die Konservativen 1881, die Erwerbung des Unterhaltungswohnsitzes von einer förmlichen Aufnahme seitens der Aufenthaltsgemeinde abhängig zu machen (Antrag Warnbühler). Es sollte dadurch der Aufenthaltsgemeinde ermöglicht werden, Bekannte nach ihrer Heimatgemeinde abzuschieben. Weit anpruchsvoller trat Herr v. Mantuffel 1891 im Reichstage auf, der in der Sitzung vom 12. Dezember eine Einschränkung der Freizügigkeit der Minderjährigen und die obligatorische Erhebung von Eingangsgebern seitens der Stadtgemeinden forderte. Auf dem Kongreß deutscher Landwirte (Februar 1892) wiederholte Herr v. Jagow die letztere Forderung und verlangte außerdem den Nachweis seitens des Neuzugewandenen, daß dieser im Stande sei, für sich und seine Familie eine den sanitätspolizeilichen Anforderungen genügende Wohnung zu beschaffen, andernfalls die Zulassung verweigert werden könne. Auch bei den Handelsvertragsdebatten hieß Herr v. Meißner in der gleiche Herbe ein.

Als die preussischen Herren mit ihren Anträgen im Reichstage kein Glück hatten, gingen sie damit in den preussischen Landtag. Am 28. März 1892 donnerte Herr v. Mantuffel im Herrenhause gegen die Freizügigkeit:

„M. H. Man hat mir oft gesagt, an der Freizügigkeit zu rütteln, ist ein vergebliches Unterfangen. Ich sehe nicht so schwarz in die Zukunft. Als ich im Reichstage diese Fragen anschnitt, glaubte ich, es würde sich ein Sturm der Entrüstung gegen mich erheben. Keine Spur davon! Ich habe eine große Anzahl von Zustimmungsbefehlen bekommen dafür, daß ich als der Erste den Mut gehabt hätte, in dieses Wespenneßt hineinzugreifen. Das Prinzip müssen wir schon mal als nationales Gebot stehen lassen, das will ich ja anerkennen, und deshalb richte ich mich nur gegen die Auswüchse des Prinzips. Nach meiner Auffassung würde man die Hilfsmittel angeben können. Das eine, das in sanitätspolizeilichen Vereichen liegt, würde sein, daß an die in größeren Städten oder Fabrikzentren Zuziehenden die Bedingung zu stellen wäre, daß sie den Nachweis führten, daß sie eine in sanitärer Hinsicht genügende Wohnung zu bezahlen und sich zu beschaffen in der Lage seien. Ein zweiter Punkt, der mir mehr am Herzen liegt, ist der, ob es nicht geraten ist, das so viel geschätzte Einzugsrecht in die Städte wieder zu erheben. Ich habe noch einen dritten Punkt vorzutragen, die Beschränkung der Freizügigkeit bezüglich des Alters. Wollte man die Freizügigkeit bis zum 24. oder 26. Lebensjahre beschränken, so würde das wirklich ein zu harter Eingriff sein, aber bis zum 18. Lebensjahre würde doch eine Beschränkung sehr wohl in Erwägung zu ziehen sein, da sie tatsächlich niemand zu nahe treten würde.“

Daß das Freizügigkeitsrecht als Reichsrecht den Eingriffen der Landesgesetzgebungen entrückt ist, genierte den Herren nicht im geringsten; was macht ein kleiner Verfassungsbuch aus, wenn es gilt, freie Wohn für agrarische Arbeitgeberinteressen zu schaffen. Die preussische Regierung trug Bedenken, sich für diese Mantuffelschei den Finger zu verbrennen. Indes gab sie schließlich doch dem wiederholten Vorstoß der Zünfte nach, und am 20. April 1898 stellte der preussische Landwirtschaftsminister Erwägungen des Ministeriums in Bezug auf Maßregeln zur Beschränkung der Auswüchse des Freizügigkeitsrechtes in Aussicht. Diese Erwägungen dauerten den Agrariern viel zu lange; die Herren, die die Landarbeiter mehr als 40 Jahre auf das von der preussischen Regierung ihnen zugebacht Konfessionsrecht warten lassen, wollten nicht einmal soviel Tage warten, um der Freizügigkeit der Landarbeiter den Garaus zu machen. Sie nahmen im Landtage einen Antrag an, der die Regierung an den schleunigen Abschluß der in Aussicht gestellten Erwägungen erinnerte und ganz besonders auf die Aufhebung der Freizügigkeit der Personen unter 18 Jahren Wert legte.

Da die preussische Regierung über ihre verfassungsrechtlichen Bedenken nicht hinauskam, so unternahmen die Zünfte im Landtage mehrfach erneut den Versuch, sie zu solchen Maßregeln zu drängen. Der Abg. Goerdelen (freikonservativ) fand es durchaus angemessen, einem Vater, der seinen Kindern erlaube, die Heimat zu verlassen und sich anderwärts Arbeit zu suchen, durch das Vormundschaftsgericht die elterliche Gewalt entziehen zu lassen; auch verlangte er, daß diese jungen Leute, ehe sie an einem anderen Ort zugelassen würden, nachweislich einer gewissen bürgerlichen Autokratie unterstellt sein müßten. Der Mann, der diesen dreifachen Einbruch in das Heiligtum der Familie rechtfertigte, ist ein preussischer Richter. Es zeigt dies deutlich, welche Anschauungen in diesen Kreisen herrschen. Kein Wunder, wenn Richterprüche aus solchen Herren kommen, die mit dem Rechtsempfinden des Volkes in grellem Widerspruch stehen.

Aber solche Richteranschauungen waren nur dazu angetan, die Zünfte in ihrer Aufsehung gegen das Recht der Freizügigkeit anzufuern. Im Januar 1902 verlangte Graf Zietzen-Schwernin eine Einschränkung dieses Rechts, als die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriebezirken aus solchen Herren kommen, die mit dem Rechtsempfinden des Volkes in grellem Widerspruch stehen.

würden. Wenn den jungen Leuten die Flügel beschnitten ignen die Freizügigkeit unterbunden würde, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben.

Noch ist es den Herren nicht gelungen, ihre reaktionären Pläne durchzuführen; denn das Freizügigkeitsrecht ist eine der ersten Grundlagen der Bundesgesetzgebung. Aber findet sich nur irgendwie ein Weg, dies Recht wertlos zu machen, so sind Regierung oder Landtag mit ganzem Herzen dabei, ihn zu beschreiten. So haben die Zünfte und Regierung jahzehntelang auf Maßnahmen gefesselt, um den Kontraktbruch der Landarbeiter und des Gesindes einzudämmen, obgleich auch hierin lediglich die Reichsgesetzgebung zuständig ist. Eine Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins für den Rheingebiet forderte 1884 vom Herrenhause gegen Kontraktbruch ländlicher Arbeiter, abschreckende Strafen bis zu 1 Jahr Gefängnis. Der preussische Justizminister Friedberg erklärte, daß die bestehende Gesetzgebung genügende Mittel biete, gegen den Kontraktbruch einzuschreiten, und daß die Staatsanwaltschaften angewiesen seien, gegen kontraktbrüchiges Gesinde u. a. vorzugehen. Als 1899 die Konservativen im Landtage erneut Urträge stellten, gab die Regierung ihnen zu bedenken, daß die Wirkung eines solchen Ausnahmengesetzes gegen die Landarbeiter eine Verstärkung der Landflucht sein werde. Schon ein Jahr später erkannte indes der preussische Landwirtschaftsminister v. Hammerstein das Bedürfnis nach einem solchen Gesetz an und stellte ein solches in bestimmter Aussicht. Da nun aber Gesetze zur Regelung der Landarbeiterverhältnisse zur Zuständigkeit des Reiches gehören, wie Minister Miquel noch 1900 ausdrücklich konstatierte, so wurde versucht, die Frage auf dem Umwege eines Gesetzes gegen die Verleitung zum Kontraktbruch zu lösen, eines Gesetzes also, das den Arbeitgebern unterlag; kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit zu nehmen. Auf diese Weise beschuldigte die preussische Regierung ihre verfassungsrechtlichen Gehirnschmerz. Aber auch dies war nicht ganz einfach, und so mußte das preussische Abgeordnetenhaus noch mehrfach höchst energische Mahnungen an die Regierung richten, bis Herr v. Podbielski einen bezüglichen Entwurf vorlegte, der sich äußerlich nur gegen Unternehmer und gegen die Verleitung zum Kontraktbruch richtete, in Wirklichkeit aber die Landarbeiter verurteilen wollte, andernfalls in Arbeit zu nehmen. Denn es war vorausgesetzt, daß ein Unternehmer eher auf die Einstellung von Landarbeitern aus den östlichen Provinzen verzichtete, als sich in endlose Schreibern mit östlichen Behörden einzulassen. Dem von der Sozialdemokratie im Reichstage entfehlten Protest gegen diesen Verfassungsbruch war es allein zu danken, daß dieser Entwurf bisher nicht Gesetz geworden ist. Im Dezember 1907 verlangten die Konservativen aber erneut eine Vorlage, und zwar ein Gesetz, das auch „die Arbeitnehmer nach Recht und Gebühr strafe“, während der Abgeordnete v. Woyna (freikonservativ) angesichts des Einspruches des Reichstages empfahl, die schwierige Materie besser durch geeignete Maßregeln der Verwaltung zu regeln. Ob sich auch der junkerlich-freisinnige Volkrechtstag für die Zukunft fest gegen solche Einbruchversuche erweisen wird, bleibt abzuwarten. Nach dem Ausgange der Vereinigungskampagne muß das Vertrauen in dieser Hinsicht erheblich sinken.

Ein anderer Weg, der Freizügigkeit beizukommen, war für die Reaktionen die Vertheilungspolitik. Die Konservativen sind deshalb Gegner billiger Eisenbahntarife. Schon 1889 forderten die Abgeordneten v. Liebenow und Rimburg-Sturm Verteuerungen der Eisenbahnfahrten, um der „Eisenbahnvagonbondage“ zu steuern. Ein gleiches taten im Herrenhause die Grafen Stolberg und Frankenberg, die sich dagegen wandten, die den größeren Gesellschaften gewährten Fahrpreisermäßigungen auch den Sachengängern zu gewähren. Graf Rimburg-Sturm erklärte 1892 im Landtage: „Die Einführung so niedriger Tarife, daß auch die ärmeren Klassen weitere Reisen ohne Opfer machen können, enthält eine soziale

Gefahr! Im März 1897 wandte sich Graf Limburg-Sturum ernst gegen den Versuch, billige Arbeiterkarfe herbeizuführen. Es sei schon fabelhaft, daß die Ermäßigung für „diese Leute“, daß man nicht wisse, was noch mehr geschehen solle! In gleicher Sitzung sagte Graf Kanitz, daß die billigen Berliner Vorortskarfe eine erhebliche Anziehungskraft auf die Provinzbevölkerung ausübten und daß die in die Vororte hinausgedrängte Arbeiterbevölkerung sozialdemokratische Kolonien schaffe.

Nun brauchen zwar die Großgrundbesitzer selbst billige Eisenbahntarife für die Anschaffung ausländischer Wanderarbeiter, und sie waren dreist genug, durch den Abgeordneten v. Wangenheim für gewisse weitere Strecken Fahrberechtigungen beanspruchen zu lassen. Wer der Wegzug der ländlichen Arbeiter soll durch die Eisenbahntarifarität in jeder Weise erschwert werden. So forderte Herr v. Graf im Herrenhause 1902 erhöhte Ueberführungsarfe für Westgänger; in gleichem Sinne äußerte sich 1904 Herr v. Klipping. Die große Eisenbahntarifarform vom Jahre 1907 hat die Wünsche der Junker allerdings stark enttäuscht; indes sind doch an Stelle von Tarifverbesserungen eine Reihe von Fahrpreiserhöhungen eingeführt worden, die den Arbeitern das Reisen erschweren.

Unterhat die preussische Regierung den Rat des Abgeordneten v. Bohna, auf dem Verwaltungswege vorzugehen, bereits beherzigt. Ein Erlass des Landrats von Labiau (Ostpreußen) weist auf ein scharferes Vorgehen gegen kontraktbrüchige Landarbeiter hin und ein Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten weist die Behörden an, bei Kanalarbeiten, bei denen große Arbeitermengen erforderlich sind, nicht den Landwirten Arbeitskräfte zu entziehen, sondern tunlichst ausländische Arbeiter heranzuziehen, vor allem Italiener und Ruthenen. Daß darin eine flagranter Verletzung der deutschen Arbeiter liegt, scheint dem Minister nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. In Ausführung dieses Erlasses ist angeordnet, daß bei der Herstellung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin deutsche Arbeiter, die während der letzten drei Monate in den angrenzenden Kreisen beschäftigt waren, nicht angenommen werden dürfen.

Eine noch schlimmere Rechtsverletzung stellt der für die ausländischen Feldarbeiter seit dem 1. Februar 1908 eingeführte Reglementationszwang dar, der diese Arbeiter völlig in die Hände der Arbeitgeber gibt und legitimationslose Arbeiter mit sofortiger Ausweisung bedroht, es sei denn, daß sie sich entschließen, zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückzukehren. Hier ist die Freiwilligkeit vollends aufgehoben und der Arbeiter entzogen — ein Schollenflabe im wirklichen Sinne des Wortes. Das Ziel, für das die preussischen Junker seit Jahrzehnten mit allen Mitteln kämpfen — es ist erreicht gegenüber den ausländischen Arbeitskräften. Die inländischen Landarbeiter werden bei Staatsarbeiten ausgepörrt und ihr Wegzug in jeder Weise erschwert. Und niemand ist in der preussischen Volksvertretung, der die Regierung für ihr gegen das Freigilitätsrecht gerichtetes Tun zur Verantwortung zöge. Auch wenn der Reichstag das allgemeine Wahlrecht dem reaktionären Treiben ein entschiedenes Galt gebietet, nehmen diese Willkürer kein Ende. Erst dann, wenn sich das arbeitende Volk im preussischen Landtage selber eine Vertretung schafft, die den Feinden der Freigilität jederzeit gewappnet entgegentritt, erst dann wird auch dieses Volksrecht vor den Füßen der Junker sicher sein!

## Liberalismus und Sozialdemokratie.

### II.

Die Sozialdemokratie ist sich stets klar darüber gewesen, daß sie ihr Bestreben mit darauf zu richten hat, die echten und wahren liberalen Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit zu verwirklichen. Schon Ferdinand Lassalle, der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß der demokratische Sozialismus die konsequente Fortentwicklung des wahren Liberalismus ist, und zwar die „eigene immanente Fortentwicklung“; daß die Periode des bürgerlichen Liberalismus nur „die notwendige Abnabung und Vorbereitung“ einer neuen Periode, der des Sozialismus, ist; daß die sittliche Idee des Liberalismus vom Rechte des Individuums, der freien Betätigung der individuellen Kräfte, der politischen Freiheit und Gleichheit, noch nicht ausreichte, daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung. Lassalle hielt sich auf die „große Kontinuität und Einheit aller menschlichen Entwicklung“, die darin besteht, „daß nichts Neues in sie hineinkommt“, sondern daß in ihr „nur immer zur Bewußten Erkenntnis gebracht und nur mit Willensfreiheit verwirklicht wird, was sich als Grundidee aus der organischen Natur der Dinge ergibt.“

Unter Berufung auf Fichte bekennt er sich zu der durch die ganze geschichtliche Entwicklung beglaubigten

Wahrheit, daß alle Fortentwicklung der Menschheit, zumal in der deutschen Nation, vom Volk ausgegangen ist und weiter ausgehen muß. Dieses ist eine der wesentlichen Grundideen des wahren Liberalismus. Und deshalb erhob Lassalle seinen Appell an die Arbeiterklasse, zu selbständigem und einheitlichem politischen Wirken vorzugehen, weil er erkannt hatte, daß vom sich „liberal“ nennenden Bürgertum eine gesunde, nationale Entwicklung nicht mehr zu erwarten sei. Uebrigens war er gerecht genug, die Arbeiter geradezu zur historischen Pietät gegen die Bourgeoisie aufzufordern, deren Herrschaft „die weltgeschichtliche Vorbedingung und unerläßliche Durchgangsstufe war, aus der sich erst die Idee des Arbeiterstandes überhaupt erzeugen konnte“. Er bemerkt dazu: „Wenn der Sohn auch vermöge einer freieren und reiferen Bildung und eines kräftigeren Wesens über den Vater hinauswächst, so vermag er doch nie, den Quell seines Blutes und den Protagisten seines Daseins in ihm zu sehen.“ Hier haben wir den Kern der durchaus richtigen Auffassung, die sich kundgibt in der als Vorwurf gegen den Liberalismus gemeinten Behauptung des Konservatismus und Merkantilismus, daß der Liberalismus der Vater des demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie sei.

Nun, die Sozialdemokratie hat durch strenges Festhalten an den liberalen Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit ihrem Vater stets Ehre gemacht; sie hat ihn nie verleugnet. Das erste sozialdemokratische Programm, das der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ vor den Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes entworfen hatte, enthält die wichtigsten politischen Grundideen des deutschen Liberalismus: „Bereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und äußerlich verschmolzenen Staatseinheit, durch die allein das deutsche Volk einer glänzenden nationalen Zukunft fähig werden kann.“ (Durch Einheit zur Freiheit!) „Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung im ganzen deutschen Vaterlande“; allgemeine Volksbewaffnung und die Anerkennung, daß das deutsche Volksparlament das Recht der beschließenden und nicht bloß der beratenden Stimme in allen Angelegenheiten habe.

Das Eisenacher Programm (1899) fordert des Weiteren: Ausübung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession; Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche; obligatorischer Unterricht in allen Volksschulen; Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenengerichte und des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens; Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze usw. — alles Forderungen des Liberalismus, wie sie noch heute für die deutsche Sozialdemokratie in etwas genauer präzifizierter Form programmatisch gelten.

Nie ist es der sozialdemokratischen Partei in den Sinn gekommen, glauben machen zu wollen, diese Forderungen seien spezifisch sozialdemokratisch, von ihr aus einer ganz neuen politischen Auffassung heraus konstruiert; im Gegenteil, — sie hat im politischen Kampfe und besonders auch im Reichstage stets demonstrativ auf ihren Ursprung hingewiesen, um den falschen, den entarteten Liberalismus zu beschämen, ihm seine Verführung an den Ideen des wahren Liberalismus nachdrücklich vorzuhalten, daß er sich, wenn möglich, auf dessen historische Mission besinne, daß alle noch wirklich liberalen Männer der Sozialdemokratie helfen mögen, diese Mission zu erfüllen.

Nur müssen also fragen: Ist es, spekulative Demagogie oder bemitleidenswerter Unverstand, betrübende Unwissenheit, was liberale Mäler dazu veranlaßt, der Sozialdemokratie die „Beleugung“ zu erteilen, sie sei eigentlich nur ein „Sozialliberalismus“ und die Fortsetzung des Liberalismus? Als ob Sozialliberalismus in welchem Sinne des Wortes etwas anderes wäre und sein könnte wie Sozialdemokratismus! Und als ob die Sozialdemokratie sich ihrer Mutterschwandtschaft mit dem wahren Liberalismus nicht stets bewußt gewesen wäre!

Eine wichtige Tatsache, die sich das arbeitende Volk besonders scharf einprägen und nicht aus dem Gedächtnis verlieren möge, ist die, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den liberalen Parteien stets die Belastung des Volkes durch Zölle und indirekte Steuern, insbesondere die Zölle auf Lebensmittel und sonstige notwendige Konsumartikel, grundständig betworfen und entschieden bekämpft hat. Sie war darin immer auch dem radikalen Liberalismus bedeutend voraus. Die Forderung der Beseitigung des Systems der indirekten Volksbelastung war schon in ihrem Programm der vorsozialistischen Zeit enthalten. Ja, diese Forderung war einer der Hauptausgangspunkte der Agitation Ferdinand Lassalles. Von allen bürgerlichen Parteien hat sich bis jetzt nur eine einzige, die demokratische „Deutsche Volkspartei“, in ihrem Programm vom Jahre 1895 zu derselben Forderung bekannt, während es die „Freisinnige Volkspartei“ in ihrem Programm vom Jahre 1894 dabei bewenden läßt, die Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen zu fordern. Die nationalliberale Partei gar bekennt sich unumwunden zu dem System der indirekten Volksbelastung mit der Maßgabe, daß in der Frage der

Handels- und Zollpolitik „jedem einzelnen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen die Entscheidung überlassen bleiben“ muß, damit wirtschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen.“ (Seidelberger Erklärung von 1889 und Berliner Erklärung von 1891.)

In den Parlamenten, in ihrer Presse, in ihrer öffentlichen Propaganda, hat die Sozialdemokratie stets aus eigener freier Entscheidung heraus, ohne förmlichen Kompromiß und ohne schadenspolitischer Hintergedanken gemeinsame Sache gemacht mit den bürgerlichen Parteien, die gleich ihr bemüht waren, das Volk von Zöllen und indirekten Steuern zu entlasten oder neue Belastung zu verhindern. Ja, man kann ohne zu übertreiben sagen, daß die Sozialdemokratie im Kampfe um die Volksentlastung stets die Führung gehabt hat, besonders seitdem sie zur stärksten Partei herangewachsen ist. Noch ehe irgend eine bürgerliche Partei zu der Frage der Zoll- und Handelspolitik klar und entschieden Stellung genommen hatte, trat die Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Parteitage, 1898, mit einer scharf motivierten, die Schuldpolitik beurteilenden Erklärung hervor. In der Begründung dieser Resolution sind alle in Betracht kommenden Interessen des Volkes geltend gemacht. Und als es sich dann darum handelte, den Kampf gegen den agrarischen Lebensmittelpuder gegen das ganze Schutzollniet zu organisieren, da war die sozialdemokratische Partei die erste auf dem Plan; da ging sie allen anderen antischutzöllnerischen Parteien mit gutem Beispiel voran.

Es darf wohl auch daran erinnert werden, daß die capricöse Handelsvertragspolitik nur mit Hilfe der Sozialdemokraten durchgeführt werden konnte.

Die agrarische resp. junkerliche Unverschämtheit, mit der in der Frage der Zoll- und Handelspolitik die ganzen letzten 30 Jahre hindurch entscheidend zu rechnen gewesen ist und weiter zu rechnen nie wird, konnte nur deshalb so üppig ins Kraut schießen, weil sich das liberale Bürgertum mehr und mehr als unfähig erwies, seinen Prinzipien zu genügen und ihnen bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung und die Politik des Reiches zu sichern. Dieses Bürgertum hat sich durch Verleugnung und Preisgabe seiner Prinzipien selbst zu einer politischen Inferiorität und Impotenz fondergleichen verurteilt. Der Nationalliberalismus und selbst „freisinnige“ Elemente haben dem Junkertum politische Handlangerdienste geleistet, sie sind die Schrittmacher der Protektionspolitik gewesen. Wir haben im Jahre 1901 erlebt, daß „Liberaler“ im bayerischen Landtage die Partei der agrarischen Schutzöllner ergriffen. Es sind nur verhältnismäßig kleine Gruppen des Bürgertums, die entschieden antischutzöllnerisch denken und sich so betätigen. Die große Bourgeoisie, wenigstens soweit sie durch die Großindustrie repräsentiert wird, ist entschieden hochschutzöllnerisch. Das mittlere und kleine Bürgertum weist zahlreiche Gruppen auf, die für gewisse Spezialschutzöllne eintreten, während sie andere verwerfen. Eine einheitliche Auffassung und Stellungnahme des Bürgertums in der Zolltariffrage gehört zu den Unmöglichkeitsten. Allerdings ist das Bürgertum noch eine Klasse; aber seine unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung vor sich gehende innere Zerkleinerung führt es immer weiter dahin, keine gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mehr geltend machen zu können. Der wirtschaftliche Interessen- und Abwegenenjaß tritt immer scharfer hervor und die Konsequenz ist, daß sich auch der Gegensatz der politischen Anschauungen und Bestrebungen im Bürgertum stetig verschärft. Es hat im sozialpolitischen Kampfe kein vom Klasseninteresse diktiertes gemeinsames Programm.

Ganz anders die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie. Sie stellt dem Volkswort ein sich mit dem Volksinteresse deckendes Klasseninteresse gegenüber, und zwar mit all der Kraft und Energie, die solch ein Interesse zu gewahren vermag.

Deshalb liegt die endgültige Entscheidung des Kampfes gegen die Hochschutzöllner bei der Arbeiterklasse, bei der Sozialdemokratie.

## Politische Umschau.

Die medienburgische Verfassungsreform. In den beiden medienburgischen Ländern haben sich bis heute echt mittelalterliche staatsrechtliche Zustände und Einrichtungen erhalten. Sie haben keine Verfassung im Sinne des modernen Staatsrechts. Die Staatsordnung beruht auf den zwischen den Fürsten und den Ständen abgeschlossenen Verträgen von 1572 und 1621 und auf dem Erbvergleich von 1755. Eine politische Entwicklung existiert nicht. In dem sogenannten „Landtag“ ist die Mitterstellung der ausführenden Gewalt. Außerdem wird er beschickt von den Oberhäuptern der landtagsfähigen Städte, welche die sogenannte „Landchaft“ bilden. Von seiner Wahl ist keine Rede. Die Ritter wie die Bürgermeister sind lebenslängliche Gesetzegeber. Bauern, Handwerker, Arbeiter, die Massen des wirklichen Volkes, haben an dem Landtage keinen Teil und lediglich das Recht, demütig zu petitionieren. Dieses groteske Zerwürfnis einer Verfassung zum Schutze der „Erechkame“ von Privilegierten hat sich allen Stürmen und Wandlungen der Zeit zum Trotz erhalten.



Alle Versuche des Bürgerturns, es gelegentlich zu beseitigen, sind gescheitert.

Jetzt haben die beiden Großherzöge einem am 12. Mai zusammengetretenen außerordentlichen Landtage den Entwurf einer Verfassungsreform vorgelegt. Sie proklamieren die Einführung einer „repräsentativ-Verfassung“. Aber was sie vorschlagen, ist eine ganz andere Sache auf den Begriff Reform, weit davon entfernt, dem Sinne des modernen Verfassungsrechts zu entsprechen. Die Mitternacht und die Landchaft bleiben die privilegierten Faktoren. Sie, und vorwiegend erstere, sollen die Majorität der „Volksvertreter“ stellen. Ein zweiter Teil soll vom Landesherren ernannt, ein dritter von Wertschätzten erwählt werden, und der vierte aus sogenannten allgemeinen Wahlen unter Anwendung des indirekten Systems aus einer Klasseneinteilung hervorgehen.

Die Tendenz dieser Vorschläge ist: es bleibt alles beim alten. Die Mitternacht, der Großgrundbesitz, behält die Entscheidung in der Gesetzgebung. Der alte Grundbesitz bleibt bestehen, es wird ihm nur ein konstitutionelles Mantelchen umgehängt. Westfalen soll auch jetzt noch nicht befreit werden von den Grundbesitzigen mittelalterlicher Staatsordnung. Das Volk soll nicht zu seinem Rechte kommen. Die Privilegien herrschen, die für Westfalen sich als ein schweres Hindernis erwiesen, den Kulturfortschritt verhindert hat, soll weiter bestehen. Sollte es das vorgelegene Wahlrecht schon im Jahre 1880 gegeben, Bismarck wäre nicht zu seinem bekannten Auspruch gekommen, daß das preussische Landtagswahlrecht das elendeste und widerwärtigste sei, das je ein Volkstheoretiker erdacht habe. Das, womit jetzt Westfalen begünstigt werden soll, ist tatsächlich noch viel elender und widerwärtiger, als das preussische Dreiklassenwahlrecht. Würde es angenommen, so könnte das unmöglich als ein Fortschritt bezeichnet werden. Daß nunmehr in Westfalen der Wahlrechtskampf sehr schwer entbrennen wird, ist selbstverständlich. Vom liberalen Bürgerturn ist die Entwicklung der nötigen Energie und Konsequenz nicht zu erwarten. Die Wauerer stehen geographisch oder gar größtenteils entweder indifferent da, oder sie sind, erfüllt von tiefen Vorurteilen, geradezu Wundesgenossen der Junker, die ihnen entgegengebracht haben, daß eine Veränderung des bestehenden Zustandes eine schwere steuerliche Belastung der Bauern mit sich bringen werde. Den Kampf für das Wahlrecht energisch zu führen, ist nur ein Faktor da: die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse. Wie werden unsere Wundesgenossen dringend auf, in diesem Kampfe der Sozialdemokratie energisch und ausdauernd Hilfe zu leisten.

**Die sächsische Wahlrechtsreform.** Die Wahlrechtsdeputation der Zweiten sächsischen Kammer hat mit 17 gegen 4 Stimmen ein Kompromiß beschlossen, dessen Hauptbestimmungen folgende sind: Die Zweite Kammer wird aus 96 Mitgliedern gebildet. Eine Neueinteilung der Wahlkreise soll nach folgenden Grundsätzen vorgenommen werden:

a) Die Wahlkreise sind nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unter Anhalt an die historische Entwicklung zu bilden. Hiernach werden die großen Städte in der Hauptstadt Wahlkreise für sich bilden, während von den mittleren Städten ein Teil zu Wahlkreisen unter sich zusammengefaßt, ein anderer Teil aber mit dem platten Lande vereinigt wird. Die kleinen Städte sind, in der Hauptstadt zum platten Lande zu schlagen. b) Neben der Wählerzahl ist in gewisser Beziehung auch die Grundfläche des Kreises zu berücksichtigen. c) Mündige Einberufungen sollen nichts an der durch das Gesetz getroffenen Wahlkreiseinteilung ändern.

Für die Stimmberechtigung sollen außer dem 25. Lebensjahre und Entrichtung einer direkten Staatssteuer gefordert werden: Wohnsitz an Orte der Listenaufstellung von mindestens zwei Jahren bei Abbruch der Wählerliste und Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit in der nämlichen Dauer.

Als Abgeordneter ist wählbar, wer das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, eine direkte Staatssteuer von mindestens 30 jährlich entrichtet, seit mindestens vier Jahren die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens seit vier Jahren in Sachsen wohnhaft ist. Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung sollen diejenigen, welche auf die in den letzten zwei Jahren vor Abbruch der Wählerliste fällig gebliebenen Staats- oder Gemeindesteuern Rückstände gelassen haben.

Außer der Grundsteuer erhalten Wahlberechtigte bis zu drei Zusatzstimmen. Je eine Zusatzstimme wird jedem Wahlberechtigten gewährt, der a) entweder mit einem in Sachsen gelegenen Grundstück angeschlossen ist, auf dem mindestens 75 Steuerleistungen haften, oder ein höheres Lebensalter erreicht hat; b) entweder selbstständig ist oder eine wissenschaftliche Vorbildung erlangt hat, die für den einjährigen Militärdienst genügt. Als selbstständig gelten alle Wahlberechtigten, die in ihrem Gewerbebetriebe mindestens zwei Personen ständig beschäftigen, die als Beamte des Staates, der Kirche oder der Gemeinde, als Lehrer oder im Privatdienst angestellt sind und aus ihrer Stellung ein Einkommen von mindestens 1800 beziehen, sowie ferner Ärzte, Geistliche und Rechtsanwältinnen; c) bei der staatlichen Einkommensteuer ein Einkommen von mehr als 2200 überschreitet.

Dieses Wahlrechtskompromiß hat einen stark reaktionären Charakter. Es ist in erster Linie geradezu darauf berechnet, die Arbeiterklasse in erheblicher Weise politisch zu benachteiligen. Sein Grundzug ist die Tendenz, unter allen Umständen das „Recht“ der Mitternachtsherrschaft im Parlament zur Geltung zu bringen.

**Industrie und preussisches Wahlrecht.** Das preussische Dreiklassenwahlrecht hat bekanntlich eine sehr stark ausgeprägte plutokratische Tendenz. Es ist geradezu darauf berechnet, die Herrschaft der bestehenden Klassen in der Gesetzgebung zu sichern. Deshalb ist das Wahlrecht abgelehnt nach der Steuerleistung. Man macht dafür die unfruchtbarste Auffassung geltend, daß die steuerträchtigsten Elemente auch die wertvollsten Be-

standteile des Staates seien und ihre Stimme deshalb am schwersten ins Gewicht fallen müsse. Aber die veraltete Wahlkreiseinteilung macht das Festhalten an diesem Grundsatz unmöglich. Die Einteilung ist vom Jahre 1860. Seitdem hat eine enorme Bevölkerungszunahme stattgefunden. Die Zentren der Industrie und des Handels sind rapide gewachsen; die Bevölkerungsziffer des platten Landes hat abgenommen oder ist im besten Falle stehen geblieben. Aber die Stärke der parlamentarischen Vertretung der Kreise ist dieselbe geblieben. Die industriellen Bezirke, welche die größten Steuerleistungen aufweisen, haben im preussischen Abgeordnetenhaus die geringste Vertretung.

Professor Dr. Siegfried Königsberg weist in einem neuen erschienenen Buche diese Tatsachen näher nach. Danach sind die von den Agariern und Konfessionen vertretenen ländlichen Wahlkreise erheblich im Vorrang. Sie haben 303 Wahlkreise gegen 139 der Städte und Industriezentren. Auf jene entfallen rund 68 Millionen Mark, und auf diese 173½ Millionen Mark Steuerleistung. Die Kreise, welche die meisten Steuern bringen, haben also die geringste Vertretung, im Gegensatz zu der Tendenz des Dreiklassenwahlrechts. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß diese Tendenz zu Gunsten der Junkerherrschaft überwunden ist. Der große Besitz kommt gar nicht mehr zu dem Rechte, das ihm noch elendlicher aller Wahlsysteme zugesichert worden ist. Und diese Tatsache ist der Grund, weshalb der Industrialismus auf eine Veränderung des Wahlsystems dringt. Freilich nicht im freibürgerlichen Sinne, sondern in Rücksicht auf die Interessen des mobilen Kapitals.

**Der Dant des Kaisers.** Der Blochmeister Fürst Bülow hat dem Kaiser in einem Schreiben über die Reichstagsarbeiten berichtet. Darauf hat der Kaiser in einem Telegramm geantwortet, er habe dem Schreiben „mit großer Befriedigung entnommen, eine wie ausgiebige Tätigkeit der Reichstag in seiner letzten geschlossenen Session entfaltet und welche eine bedeutende Anzahl wichtiger Gesetzesvorlagen und Verträge derselbe erledigt hat.“ Der Kaiser spricht zu diesem „sehr erfreulichen“ Ergebnis, welches „neben der patriotischen Haltung des Reichstages“ in erster Linie das Verdienst Bülows sei, diesen seine „tatsächliche Anerkennung“ und seinen „aufrichtigen Dank“ aus mit dem Hinzufügen: „Möge dem Vaterlande diese nützlichen Arbeit des Reichstages zum immerwährenden Segen gereichen und für denselben ein Ansporn sein, die großen ihm noch bevorstehenden Aufgaben in gleicher Weise auch fernerhin einem erfreulichen Ende zuzuführen.“

Die erdrückende Mehrheit des Volkes, vornehmlich die Arbeiterklasse, beurteilt die Leistungen Bülows und seiner Blochtruppe anders als der Kaiser. Letzterem: der über eine höchstens 25 Stimmen Mehrheit verfügende Bloch ist nicht der Reichstag. Hinter der dem Bloch opponierenden Mehrheit des Reichstages steht die Mehrheit der Nation. Diese Mehrheit ist vom Bloch als „unparlamentarisch“ beschimpft worden. Ergo: der Reichstag in seiner Ganzheit wird vom kaiserlichen Dant nicht betroffen. Nur die Blochmehrheit kann ihn auf sich beziehen.

Mit den „großen, noch bevorstehenden Aufgaben“, auf die der Kaiser hinweist, ist ohne Zweifel die Reichsfinanzreform gemeint, die dem Volke neue ungeheure Steuerlasten bringen soll.

## Wauerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.**

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

## Deutschland:

### Maurer:

#### Hansastädte:

**Travemünde** (Sperre über Söhrmann), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

#### Schleswig-Holstein:

**Tondern, Insel Föhr, Kappeln a. d. Sohl.** (Aussperrung), **Rendsburg** (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), **Ahrensbück** (Differenzen);

#### Mecklenburg:

**Güstrow** (Sperre über Thielke), **Friedland** (Streik der Bauhallsarbeiter), **Sülze** (Sperre über Holdorf);

#### Brandenburg:

**Wittstock a. d. D.** (Sperre über den Unternehmer Piesch), **Schwärz a. d. W.** (Differenzen);

#### Pommern:

**Prytz, Wolgast** (Differenzen), **Jarmen** (Sperre über Brand & Heidschmidt), **Ueckermünde** (Aussperrung), **Pölitz** (Streik);

#### Ost- und Westpreussen:

**Grandzen** (Sperre über Karl Guth), **Rastenburg, Hammerstein** (Aussperrung);

#### Posen - Schlesien:

**Löwenberg** (Differenzen);

#### Königr. Sachsen:

**Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei L. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeierstrasse, in M. Steyskal, Sohrstrasse), **Milsen-S. N. Niklas** (Sperre über Ferd. Döhn), **Neustadt** (Streik);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**  
**Cracau b. Magdeb.** (Sperre über Weingärt);

## Thüringen:

**Zeulau** (Sperren über die Firmen Oweck & Böttcher und A. Dietze in Rositz und O. Müller in Monstab), **Arnstadt** (Sperre über Gressler);

## Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

**Norderney** (Aussperrung), **Visselhövede** (Streik), **Stadthagen, Wunstorf** (Differenzen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Sachsenhagen b. Hann.** (Sperre über Mensching), **Vegesack** (Sperre über den Tunnelbau Lesum);

## Westfalen und Rheinland:

**St. Johann** (Sperre über Ackermann in Merchweiler);

## Hessen und Waldeck:

**Gudensberg** (Sperre über Möbus & Köhler), **Heppenheim a. d. Bergstrasse** (Differenzen), **Melsungen** (Sperre über H. Siemon), **Darmstadt** (Sperren über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfister in Hahn);

## Baden-Pfalz:

**Kaiserslautern** (Streik), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korkseifenfabrik);

## Bayern:

**Selb** (Sperre über Jäger & Werner), **Wasserburg** (Sperre über Nibauer), **Pfarrkirchen, Straubing** (Differenzen);

## Fleisenleger:

**Duisburg** (Sperre über Gebr. Bönnig);

## Oesterreich:

**Gloggnitz, Kaaden, Kladno, Karlsbad, Königsberg, Nemes, Prerau, Saaz, Ung. Hradisch, Taus.**

## Schiedspruch für das rheinisch-westfälische Tarifgebiet.

Am Sonntag hat das auf Grund des bekannten Berliner Schiedsgerichtes für den rheinisch-westfälischen Bezirk eingeleitete Schiedsgericht die noch vorhandenen Streitigkeiten entschieden. Einige den Berliner Vereinbarungen entgegenstehende Anträge der Unternehmer sind natürlich abgewiesen worden. Eine harte Nuß für das Schiedsgericht scheint es gewesen zu sein, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen der Behauptung der Arbeitgeber, daß für eine Reihe von Orten in der Umgebung der Großstädte und in mehreren selbständigen Orten eine Lohnherabsetzung angeboten worden sei, und dem Widerspruch der Unternehmer. Es handelte sich in der Hauptsache um Bochum, Dortmund und Essen, Hagau, Witten. In den rheinischen Bezirken ist ein solcher Streit nicht entstanden.

Für den rheinisch-westfälischen Bezirk ist die Frage kritisch. In den Verhandlungen sind von beiden Seiten sofort oder nach kontraktlicher Erklärung hauptsächlich genannt worden die Angebote von Lohnherabsetzungen in den Orten: Alfand, Werth, Huesenrade, Zable, Klettenberg, Othman, Gerich, Einval, Beckum, Neudorf, Gimmighausen, Vellern, Buer, Gladbeck, Fort-C. (Ant), Kirchheller (Ant), Gallen, Bünen, Landstrop, Mettler, Dipe, Schwerte, Westhofen, Ergle, Garmfeld, Gesele, Gemen, Schöten, Solgen, Klettenberg, Rheinen, Weidenmühl, Syburg, Wülfig, Westhofen, Stoppenberg, Mollhausen, Aray, Zeithe, Eaternberg, Schmedde, Frillendorf und Gessler. Demzufolge sind hier die höheren Lohnsätze in die Tabelle eingefügt worden.

Dagegen besteht a) hinsichtlich der Plätze Fröndenberg, Gerne, Wenden, Rheine, Witten, Gafro, sowie b) hinsichtlich der Nachbarteile der Städte Bochum, Gafro, Dortmund, Essen, Gagen, Gerne, Bünen, Dipe, Rheine und Witten unter den Parteien Streit, ob und ferner in welchem zeitlichen Umfang für diese Orte und ihre Nachbarteile von den Arbeitgebern eine Lohnherabsetzung angeboten worden ist. Die Arbeiter vertreten den Standpunkt, daß ein solches Angebot vorliegt, und beziehen sich hierfür auf den vom Verein der Arbeitgeberverbände für das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen ihnen vorgelegten Vertragsentwurf vom 30. November 1907. Sie machen geltend, daß die in der Tabelle am Schluß dieses Entwurfs für diese Orte und Gebiete ausgenommenen Lohnsätze nicht nur für die unter a) genannten Orte, sondern auch auf die umliegenden Ortschaften und Gebiete dieser, sowie der sonst unter b) aufgeführten Plätze zu beziehen seien, da die im § 3 Ziffer 1 des Entwurfs enthaltene spezielle Ortsliste für die Erläuterung und Auslegung der Lohnsätze maßgebend sei. Dies ergebe sich aus dem, daß jene umliegenden Orte in der Lohnsätze überhaupt nicht genannt seien, während dies doch zweifellos gegeben wäre, wenn man für sie ein abweichendes Angebot hätte machen wollen. Die Arbeitgeber bestreiten, für die umliegenden Orte der unter b) genannten Lohnsätze irgend ein Angebot gemacht zu haben und behaupten, § 1 des Entwurfs beziehe sich ausschließlich auf den räumlichen Geltungsbereich. Mit den in der Lohnsätze aufgeführten Bezeichnungen sei lediglich der engere Bezirk des betreffenden Ortes benannt. Ueberhaupt ist aber die Tabelle kein Teil des angebotenen Vertragsentwurfs, sondern nur eine der Bequemlichkeit halber vom Bureau gefertigte Übersicht ohne jede Verbindlichkeit für die Arbeitgeberorganisation, so daß also weder für die unter a) genannten Orte, noch für die Nachbarteile der unter b) aufgeführten zehn Plätze von zutreffender Bedeutung irgend ein Angebot gemacht sei.

Nach Anhörung und eingehender Würdigung der von den Parteien zu diesem Streitpunkte gemachten Ausführungen hat das Schiedsgericht dahin entschieden, daß für die unter a) genannten Plätze, die in der Lohnsätze namentlich aufgeführt sind, ein Lohnangebot vorliegt. Was dies auch unter jetzt nicht mehr zutreffenden Voraussetzungen seiner Zeit abgegeben sein, so sind trotzdem gemäß dem Berliner Schiedsgericht Ziffer 3 und zugehöriger Begründung hier die höchst angebotenen Lohnsätze einzustellen. Demgemäß sind zunächst für Fröndenberg, Wenden, Rheine die Lohnsätze der Tabelle eingestellt, zumal diese Angebote in Berlin wiederholt worden sind. Für Gerne trifft das gleiche zu, da die nachträgliche Nichtstufung des Arbeitgeberbundes, es liege hier ein Druckfehler vor, wohl einem Dritten, aber nicht gemäß § 143 B.-G.B. der Gegenpartei zugegangen ist, so daß also das frühere Angebot in Geltung geblieben ist. Für Witten-Gafro behauptet der Arbeitgeberbund gelegentlich der Verhandlung vom 24. Februar 1908, dies Angebot als Druckfehler und Schreibfehler wieder zurückgezogen zu haben. Demgemäß



die Arbeitervertreter sich dieser Erklärung nicht erinnern, so wollen sie doch nicht bestreiten, daß sie möglicherweise doch abgegeben ist. Es muß also mit ihr gerechnet werden, so daß nur die nachträglich dem Arbeitgeberbund angebotene Lohn-erhöhung um 1 1/2 eingestellt werden konnte.

Einschüßlich der Nachbargarante der unter b genannten zehn Plätze hat das Schiedsgericht nicht die Überzeugung zu erlangen vermocht, daß für die Umgehung der mehrerwähnten Orte das Angebot einer Lohnsteigerung im Sinne von Ziffer 3 des Berliner Schiedsspruchs vorliege, da das von den Arbeitern aus § 1 des Entwurfs vom 30. November 1907 entnommene Argument keineswegs durchschlagend ist und sonstige Tatsachen, die für den Willen eines Angebotes auf Seiten der Arbeitgeber sprechen, nicht erwiesen sind. Gleichwohl hält es aber auch die von den Arbeitgebern vertretene Auffassung, daß es hinsichtlich der Umgehung der genannten Plätze bei den alten Lohnsätzen bleiben müsse, für begründet, da die Meinung, das Angebot für die namhaft gemachten Orte beziehe sich auch auf deren Umgehung, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, zumal die Tabelle, auf die im § 4 ausdrücklich Bezug genommen ist, für die Ortsverbände des Arbeitgeberbundes Vorschläge angibt. Bei dieser Unklarheit und Zweifelhaftheit der Sachlage konnte das Schiedsgericht eine Entscheidung nur in der Weise treffen, daß ein angestellter Ausgleich zwischen den Lohnsätzen für das Städtgebiet und den ausliegenden Orten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen wurde. Bei der hiernach vorgenommenen Verteilung hat sich das Schiedsgericht von der schon beim Vertragsabschluß 1905 von beiden Parteien betätigten Auffassung leiten lassen, daß der wirtschaftliche und räumliche eng zusammenhängenden Gebieten die Lohnsätze nach Möglichkeit einheitlich sein müssen, während es nicht gerechtfertigt sein würde, entfernteren liegenden Orten mit mehr ländlichen Verhältnissen, mit eigenartiger Industrie, mit anderen Preisverhältnissen und Lebensbedingungen den gleichen Lohnsatz zuzuschreiben. Das Schiedsgericht ist überhaupt der Ansicht, daß es richtiger gewesen wäre, statt der mechanischen Regelung der Lohnsätze eine gewisse Ausgleichung und Neuordnung der Lohnsätze zu treffen, wie sie den verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Plätze angemessen ist und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit besser entsprechen würde. Die Befugnis, eine derartige Regelung vorzunehmen, stand indessen dem Schiedsgericht nicht zu.

#### Gau Berlin.

In **Jahna und Kropitz** ist nach zehntägigem Streit eine Bewegung scheinbar beendet worden. Die dortigen Unternehmer hatten sich vor wenigen Wochen dem Arbeitgeberverband Wittenberg angeschlossen. Nach bestimmten Mustern nahmen sie als „erste Handlung“ sofort eine Minderung des Lohnes vor. Als alle Verhandlungen ohne Verabredung brachten, legten unsere Kollegen am 6. Mai geschlossen die Arbeit nieder. In der Verhandlung am 15. Mai kam es zum Vertragsabschluß. Der bisherige Lohn wird in diesem Jahr weiter gezahlt, und am 1. Januar 1909 tritt eine Lohnsenkung von 1 1/2 ein.

Die Verhandlungen über die nach dem Schiedsspruch noch verbleibenden Differenzen in **Edewitz, Gützin und Guben** sind abgeschlossen. Nach der Streikwunde ist eine Einigung erzielt worden.

In **Fürstentum und Seufenberg** ist es nicht möglich gewesen, eine Verständigung mit den Unternehmern zu erzielen. Der Fürstentum der Arbeitgeberverband will durchaus trotz des Schiedsspruchs eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Lohnsenkung in den neuen Vertrag aufgenommen wissen. Nachdem es nun in sieben Verhandlungen nicht möglich war, über den § 4 des Vertragsentwurfes Finanzsachen, nicht mal anzunehmen, daß es in diesem Jahr nicht mehr gelingen wird, alle elf Paragrafen zu Ende zu bringen, wenn nicht ein Vertreter des Bundesverbandes hier beiseite eingreift und seinen Kollegen den Sinn des Schiedsspruchs erläutert. In **Seufenberg** dagegen sind alle Positionen des Vertrages klar, nur die Lohnhöhe für das zweite Jahr ist noch strittig. Die dortigen Unternehmer wollen ihr Angebot aus der ersten Verhandlung nicht mehr gelten lassen, worin uns 43 1/2 für 1908 und 44 1/2 für 1909 geboten worden waren, weil ihre Versammlung nach der zweiten Verhandlung den Beschluß faßte, alles über 43 1/2 gebotene wieder zurückzusetzen. Zur Regelung der Sache soll nun ein Schiedsgericht zusammengetreten.

In **Wittenberg** ist ebenfalls noch ein Schiedsspruch nötig, weil zwei untergeordnete Streitpunkte im Wege der Verhandlung nicht erledigt werden konnten.

Verhandlungen haben im Laufe der Woche noch in **Kalkberge und Neudamm** stattgefunden. Es sind dies Bezirke, die für die zentralen Verhandlungen nicht in Frage kommen resp. wo die Vorbedingungen dafür bis zum 23. April nicht erfüllt waren. In **Kalkberge** verzichtete der Arbeitgeber auf einen Vertrag auf der Grundlage des Schiedsspruchs abzuschießen, während in **Neudamm** eine Lohnsteigerung von insgesamt 3 1/2 im neuen Vertrage vorgesehen ist. Die endgültige Beilegung der Arbeiter-Organisationen erfolgt erst im Laufe dieser Woche.

In **Caputh** befinden sich unsere Kollegen in der Abwehrbewegung. Die dortigen Unternehmer kürzten die Löhne. Nachdem alle Bemühungen, durch den bekannten Gutske-Berlin Streikbrecher zu bekommen, fehlschlagen waren, begünstigten sich die Herren endlich dazu, die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen von neuem vertraglich festzulegen. Bei dieser Verhandlung stellte es sich auch heraus, daß die Unternehmer dort schon seit längerer Zeit Mitglieder des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sind. Solange noch ihre streitsüchtige Hoffnung vorhanden war, die Vorteile mit Streikbrechern zu bejagen, lehnten es diese Herren ab, nach dem Grundgesetz des für den Arbeitgeberbund maßgebenden Schiedsspruchs zu handeln. Nachdem unsere Kollegen die Situation befragten, erklärten dieselben Herren, daß sie sich als Mitglieder des Bundes nur nach den Abmachungen richten können, die bei den zentralen Verhandlungen aufgestellt worden sind. Wir überließen es jedem, sich selbst ein Urteil über solche Vorgänge zu bilden. Unsere Kollegen in Caputh werden sich in Zukunft reißend zu überlegen haben, ob es überhaupt einen realen Zweck hat, mit solchen Unternehmern Verträge zu schließen.

In **Wittstock** bestehen Differenzen mit den dortigen Unternehmern. Wir ersuchen dringend, den Ort so lange zu meiden, bis die Differenzen erledigt sind.

#### Gau Bremen.

Über den Eisenbahntunnelbau in **Lesum** Zweigverein-Vergast, ist die Sperrverhandlung worden, weil der Kollegen-gemeinschaft wurden, die sich weigerten, die geforderten Lieferungen zu machen. Unseren Vorgesetzten wurde vom Bauherrn der Firma die Baufelle verboten, als er die Sache zu regeln versuchte. Der betreffende Bauherr könnte sich auch sonst einer besseren Behandlung der bei ihm beschäftigten Kollegen-befehligen.

#### Gau Breslau.

In **Breslau** haben die Kollegen dem Schiedsspruch am 13. Mai nach einem Referat Silberchmids zugestimmt, nachdem sie ihn vorher in einer stürmischen Versammlung abgelehnt hatten. So bringt die bessere Einsicht zuletzt doch überall durch.

#### Gau Danzig.

Die **Rastenburg** Unternehmer haben, obwohl sie dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beigetreten sind, den Schiedsspruch nicht angenommen. Sie halten die Lohnreduzierung von 48 1/2 auf 45 bezw. 43 1/2 nach wie vor aufrecht. Zu welchem Zweck, hat einer der Herren ganz freimütig bei der Verhandlung ausgeführt: „Wir wollen an den Rastenburg-Maurern ein Gemetzel statuieren und sie ausbessern, damit wir endlich Ruhe in der Gewerbe bekommen.“ Das erklärte der Unternehmer **Kau**. Dieser Ausspruch des Herrn **Kau**, dem von seinem der anwesenden Unternehmer widersprochen wurde, zeigt recht deutlich, wozu die Unternehmer fähig sind. Sie wollen die Leute, die für sie Jahr aus Jahr ein arbeiten und ihnen das Geld verdienen, bloßes machen, aus der Stadt vertreiben. Und warum? Weil sich die Kollegen der wirtschaftlichen Verhältnisse zu haben scheinen, so ohne weiteres nicht gefallen lassen werden. Die Unternehmer gehen damit nun, eine gelbe Organisation und Leben zu rufen. Herr **Moderer** meinte nämlich unseren Vertretern gegenüber: „Wenn wir nur erst eine gelbe Organisation hier in Rastenburg haben werden, dann werden wir noch besser mit den Maurern fertig werden.“ Also ein gutes Feld für die „Christen“ hier im Osten. Weiter ist es den Unternehmern gelungen, „Arbeitswille“ in großer Zahl nach Rastenburg zu ziehen. Außer 43 Italienern, die aus Berlin kamen, arbeiten in der Stadt und der nächsten Umgebung noch 26 „fremde“ Maurer und 8 weitere „Arbeitswille“, die dem Arbeitgeberverband angehören. Unter diesen Umständen konnte der Streik nicht aufrecht erhalten werden, weshalb ihn die Kollegen am 4. Mai aufhoben. Es haben fast alle Mitglieder unseres Zweigvereins anderweitig Arbeit erhalten, und die noch übriggebliebenen werden hoffentlich auch bald in Arbeit treten können. Abgesehen von den Einzelheiten, haben wir hier einen Fall, wo sich die Unternehmer dem Schiedsspruch, der doch für alle maßgebend sein soll, nicht fügen. Wenn jetzt gesagt wird, die Rastenburg-Unternehmer gehörten dem deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe nicht an, so ist das einfach nicht wahr. Die Rastenburg-Verträge fungiert als 54. Position in der Vorlage des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, G. V., die dessen Vorstand bei der Verhandlung am 23. bis 27. April in Berlin vorlegte. Weiter hatten die Rastenburg-Unternehmer bei den lokalen Verhandlungen einige Exemplare der Musterkarte, die sie doch nur vom Vorstand des Arbeitgeberbundes erhalten haben können. Endlich muß noch bemerkt werden, daß die Rastenburg-Unternehmer selbst die Zugehörigkeit zum Deutschen Arbeitgeberbund bejahen. Und unter diesen Umständen gelagt werden kann, sie gehörten dem Deutschen Arbeitgeberbund nicht an, bleibt uns ein Rätsel.

In **Dohensalza** haben die Unternehmer zu dem halben Pfennig noch einen weiteren haben zugelegt, und die Kollegen haben dieses Angebot der Unternehmer angenommen. Der Stundenlohn ist also schon in diesem Jahre um 1 1/2 erhöht worden, er soll bis zum 31. März 1909 44 1/2 betragen.

Da es in **Stolz i. B.** auch bei den erneuten Verhandlungen nicht zur Einigung gekommen ist, so wird ein örtliches Schiedsgericht zusammengetreten. Die dortigen Unternehmer glauben, weil sie seit dem 1. April 1906 einigen Maurern keine Lohnzulagen gewährt haben, brauchen sie nun den einen Pfennig für das nächste Jahr auch zu zahlen, wie es der Schiedsspruch vorseht. Also nicht hier herüber, die Unternehmer, mit allerhand Witzeln die Bestimmungen zu umgehen, die im Schiedsspruch den Kollegen zu Gute kommen.

In **Gumbinnen** ist es endlich zu einem annehmbaren Vertragsverhältnis gekommen. Der Stundenlohn, der jetzt 45 1/2 beträgt, soll vom 31. August 1908 an auf 47 1/2 und am 1. April 1909 auf 48 1/2 erhöht werden. Diese Verbesserung ist von dem Zweigverein akzeptiert worden. Hoffentlich nehmen sie die Unternehmer in ihrer Versammlung auch unseren Kollegen erwacht nun aber die Aufgabe, die nicht-organisierten Maurer auf die Erfolge des Verbandes aufmerksam zu machen und sie dem Verbande als Mitglieder zuzuführen, zum Wohle jedes einzelnen, im Interesse der Gesamtheit.

#### Gau Götting.

In **Löwenberg i. Schl.** haben die Unternehmer eine Lohnsenkung von 38 1/2 auf 35 1/2 angebahnt. Wir ersuchen darum, den Zugang nach dort streng fernzuhalten.

#### Gau Hamburg.

Die in **Hamburg** angebotene Ausperrung aller Baugewerbliden Arbeiter ist nicht erfolgt. Die schon in der vorigen Nummer gemeldeten Einigungsverhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien haben zur friedlichen Schlichtung aller Streitpunkte geführt. Die an den Differenzen nicht beteiligten, aber von der Ausperrung bedrohten Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Stukkatoren und Zimmerer haben ein Schreiben an die Vereinigung der baugewerblichen Unternehmerverbände und -Innungen gesandt, worin es u. a. heißt:

„Die im Streit mit ihren Arbeitgebern befindlichen Arbeitergruppen gehören unseren Verbänden nicht an; wir hatten infolgedessen weder auf den Beginn noch auf die weitere Entwicklung der Differenzen irgend welchen Einfluß. Es erscheint uns daher auch ganz ungeheuerlich, daß die für unsere Verbände in Frage kommenden Arbeitergruppen in die vor-

liegenden Konflikte mit hineinbezogen werden sollen.

Wohin sol es führen, wenn wegen kleiner Differenzen jedesmal große Massenstreiks inszeniert werden sollen? Es müßte sich daraus nicht nur für die am Streik Beteiligten, sondern auch für unser ganzes Baugewerbe, leben unabsehbare Nachteile ergeben.

Wir vertreten die Ansicht, daß es richtiger ist, wenn vorliegende Differenzen durch gegenseitige Unterhandlungen auf gütlichem Wege erledigt werden. In diesem Sinne haben wir im Interesse des Friedens, seit uns Ihre Einschließung bekannt ist, gewirkt. Wie es den Anschein hat, auch nicht ohne Erfolg.

#### Gau Magdeburg.

In **Cracau** (Zahlstelle des Zweigvereins **Magdeburg**) ist der Bau gesperrt, den früher Herr **Stangs**, jetzt **Schlüter** & **Wiegand** ausführen. Die Veranlassung ist, daß die dort beschäftigten Kollegen keinen Lohn erhielten, obwohl der Baugeldgeber sagte, wiewol Geld gegeben zu haben, daß der Lohn gezahlt werden sollte. Der Bau ist aber auch sonst eine wahre Meisterleistung. Die baupolizeilichen Bestimmungen wurden umgangen. So sind die Treppenhäuser ohne Bankett aufgeführt worden; als nun das Fundament darunter gebracht werden mußte, wurde nicht etwa in der vollen Stärke von 38 cm, sondern nur 25 cm untermauert. Infolgedessen stehen 13 cm vollständig frei. Die Schornsteine dürfen nur mit roten Steinen, nicht mit Zementtafeln ausgefüllt werden; es wurden deshalb einige weiße Steine herausgeholt und durch rote Mauersteine ersetzt. Da das aber Geld kostet, haben die Unternehmer die weißen Steine mit roter Farbe anstreichen lassen. Jeder organisierte Arbeiter sollte bestimmte Pflichtarbeit ablehnen. Die Bauarbeiterverbände und Bauhilfsverbände sind verpflichtet worden nicht beizutreten. Erlaubte sich doch einer dieser Unternehmer zu sagen:

„Was kommt es darauf an, wenn ein Maurer zu Tode verunglückt, zu Tausenden laufen sie auf der Straße herum und so fort ist das doch wieder ausgefällt.“

Und gerade nach diesem Bau sind Maurer gegangen und haben die Arbeit aufgenommen, trotzdem allen zur Genüge bekannt ist, daß die Sperrverhandlung auf diesem Bau weiterbeht. Der Organisationsvertreter wurde auf das größte Wohl von Unternehmern beleidigt. Würden sich keine Maurer finden, dort zu arbeiten, dann belächeln auch ihre Kollegen ihren verdienten Lohn ausbezahlt.

#### Gau Nürnberg.

In **Roß a. Sand** haben sich die Unternehmer inzwischen eines Besseren bedonnen und ihr früher gemachtes Angebot wieder abgesetzt, so daß der Vertrag endgültig abgeschlossen werden konnte.

In **Hof** wurde gleichfalls der Vertrag abgeschlossen, der allerdings für die nächsten zwei Jahre keine Erhöhung des Lohnes vorsieht. Der Vorteil liegt aber darin, daß der dort bisher übliche Höchstlohn zum Mindestlohn wurde und so für die übliche Höchsthöhe der verdienten Lohnzeit eine Lohnsenkung vermeiden worden ist.

In **Gerolstein** haben unsere Kollegen seit zwei Jahren an Stelle der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige gefordert, was aber von den Unternehmern abgelehnt wurde. Durch die neue Dachverbindung mit Nürnberg ist aber die Bauzeit in diesem Jahre sehr gut und so bekommen sich die Unternehmer, dem Drängen unserer Kollegen nachzugeben. Es wurde die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und der Lohn von 30 auf 35 1/2 pro Stunde erhöht. Ein schöner Erfolg für die Kollegen; aber sie werden noch besser als bisher zusammenhängen müssen, wenn diese Erregungsaffären nicht bei schlechterer Konjunktur wieder verloren gehen sollen, da ein Vertrag nicht besteht, sondern nur mündliche Zusagen gemacht worden sind.

In **Schönwald**, wo bisher gleichfalls die elfstündige Arbeitszeit besteht und der Durchschnittslohn 38 1/2 pro Stunde beträgt, fordernten unsere Kollegen, von denen die meisten Dörfelreiter sind, die in dem nahe gelegenen **Seltz** bereits im vorigen Jahre vereinbart die zehnstündige Arbeitszeit sowie einen Stundenlohn von 45 1/2. Diese Forderung darf vorläufiglich gleichfalls als erledigt betrachtet werden, da die Firma für 1908 einen Stundenlohn von 44 1/2 und für 1909 einen solchen von 45 1/2 nebst der zehnstündigen Arbeitszeit zusagte und auch die anderen Firmen dem folgen wollen. Für die unterhalb und außerhalb des Reiches des beschäftigten Kollegen im Bau von Borsdorf an u. dgl. wurden gleichfalls höhere Löhne und Zuschläge vereinbart.

In **Heimbach** haben unsere Kollegen an Stelle der zehnstündigen Arbeitszeit die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 43 1/2 gefordert, während bisher 38 1/2 bezahlt wurden. Eine Antwort war bis zum 16. Mai gefordert worden, was aber bis zu diesem Termin noch nicht eingegangen.

In **Wanberg** und **Wahrenth**, wo wir mit den Unternehmern gleichfalls in schriftlichem Verkehr behufs Abschlusses eines Tarifvertrages standen, ist eine vollständige Streikung eingetreten, da die Unternehmer scheinbar ihre große Freude an dem Tarifvertrag verloren haben.

In **Seltz** mußten im vorigen Jahre unsere Kollegen über die Firma **Säger & Werner** die Sperrverhandlung, da sie sich weigerte, den mit den übrigen Unternehmern abgeschlossenen Tarifvertrag zu übernehmen. Im vorigen Jahre half eine Kolonne Italiener der Firma aus der besagten Lage, in diesem Jahre sind die Kollegen aus Österreich, und zwar aus der **Wraumburger** Region. Wir erklären die Kollegen aus Österreich, die Wäutten der Firma **Säger & Werner** so lange zu meiden, bis diese gleichfalls unseren Vertrag anerkennen hat. Die Wäutten dieser Firma sind und bleiben gesperrt.

#### Gau Stettin.

Im **Lohnbezirk** haben die Unternehmer **C. Baple**, **Neuendorf** und **B. Baple** verpflichtet, den alten Lohnsatz von 40 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit weiter zu zahlen. Unternehmer **Wesl-Mariental** will sich immer noch nicht bequemen, doch hat dessen Ziererei keine große Bedeutung. Die Lohnsenkung ist abgelehnt. Will der große Stettin und Uebernächter muß es nun noch besser werden.



Am 4. Mai 49, am 5. Mai 42 und am 6. Mai 32 Kollegen. Im Vorstich hieran wurde beschloffen, daß die ausgefertigten Kollegen von der 772. nicht in die Statutenmäßige Unterfertigung erhalten sollen, fern als die Versammlung dem Untergang des Vorstandes an, daß jeder Kollege, der bis zum 16. Mai die Unterfertigung nicht abgegeben, sei, jeden Anspruch darauf verliert. Ferner teilte Kollege Schulte mit, daß bei der letzten Handpoteilunterfertigung 93 Vertreter erschienen waren, die 772 Mitglieder vertreten. In Zukunft werden diese Eignungen öfter stattfinden, da man sich von ihnen einen guten agitatorischen Wert verspricht. Es ist Pflicht der Kollegen, auf jedem Bau einen Delegierten zu wählen, damit die Mißstände, die jetzt noch herrschen, beseitigt werden können. Von allen wichtigen Vorkommnissen ist der Vorstand zu benachrichtigen. In Zukunft muß jeder Bau vertreten sein. In „Verchiedenes“ beschloß die Versammlung, am Himmelstagsfrage unter Mitwirkung des Gefangenevereins der Putzer einen Ausflug zu machen. Das Nähere wird noch bekanntgegeben. Am 3. Juni bleibt das Bureau der Landtagswahl wegen den ganzen Tag geschlossen.

Billingen 70 1/2.

**Mit verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Aug. Schich-Giesend (Vers.-Nr. 242 805), August Kriete - Berlin (257 374), Vasilio Olimpi - Berlin (258 276), Heinrich Höner - Bremen (271 919), Anton Blümmner - Mündener (264 904), Aug. Schmidt - Breslau (1618 K), Emil Seidel - Leipzig (35 199), Carl Lehmann - Berlin (479), Emil Herberich - Berlin (56 609), Peter Ziegler - Königshütte (280 940), Fritz Eller-Grafur (253 353), Willh. Kämpf - Eintracht (66 299), Kar. Hüffe - Eintracht (265 947), Joh. Boh. - Fulda (289 588), Joh. Trafas - Grünberg i. F. (316 585), Willh. Dyballa - Dittroski (321 014), Georg Dörck-St. Johann (394 663), Herrn. Kalpitzki - Danzig (396 447), Th. Wöhl-Göfen (397 564), Aug. Haubner - Nürnberg (424 368), Ernst Giff - Herne (441 888), Weindl. Landshut (442 750), Paul Joßko-Kattowitz (443 825), Bernh. Sturm-Alfersleben (448 985), Herrn. Brüche-Darß (178 649), Aug. Adam-Berlin (186 506), Otto Lehmann-Gumnitz (294 841), Curt Dreßel-Blauen (326 363), Rich. Knier-Göfen (351 252), Ant. Geilmann - Herne (442 461), Fritz Philipp - Albedschen (442 717).

Geunden sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Walter Gölzner, geboren am 19. Februar 1888 zu Saalborn (Verb. = Nr. 299 877), August Geißel, geboren am 21. September 1880 zu Büdernfeld (66 379). Die Bücher können bei uns abgefordert werden.

[illegible]

NB. - Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werde  
vom Zweigverein Barmen-L.: Heinrich Meyer (Verbands-  
Nr. 51 915): Doctum: Franz Illert, geb. 1. April 1889 a

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein **Barmer C.**: **Seinrich Meyer** (Verbands-Z. 61 916); **W o s u n**: **Franz Uhler**, geb. 1. April 1889 zu Zägerhof (340 961); **G e l d**: **Seinrich Kuhn**, geboren am 17. Mai 1872 zu Wiesbaden (388 987); **S a g e n**: **W. S.**: **Andreas Hellenbrock**, geboren am 21. Januar 1887 zu Altona (201 836).  
Stollegen, denen der Aufrufteil der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mittheilung zu machen.  
**Der Verbandsvorsitz.**

### Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des *Freiorgans*. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

- Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstag vormittags in unseren Händen sind.

Berlin. (Sektion der Zucker.) Die Sektion hi

Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen. Belehrend, Sütrom, Riechert, Fiehn und Palmer. Dann verlas der Kassierer die Namen der neu aufgenommenen und von anderen Zweigvereinen übergetretenen Kollegen ohne das Einspruch erhoben wurde. Anschließend folgte die Vereisung der Abrechnung vom 1. Quartal 1908. Die Totalkasse hatte inklusive M. 80 924,45 Kassendefizit eine Einnahme von M. 86 326,72. Dem steht eine Ausgabe von

stützung entfallen. Somit bleibt ein Bestand von M. 79 444,-. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 5718,38. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 2022. Die dann verlesene Abrechnung vom Wintervergnüß schloß mit einem Defizit ab. Siegfried munden, die v.

glieder verließen, die wegen Schulden geprüfften werden mußten. Unter Antrag der Medizinen, die Bücher zu Belege geprüfft haben, wurde der Kassierer einstimme gelassen. Dann berichtete der Vorsteher: Kollege Schulz über die Maiausperrung in unserer Branche. Trotz Drohungen der Unternehmer ist nur in geringem Umfange selbst nichts „in die Suppe zu brocken“ haben; unter ihm befinden sich zwei Zugmeister, Schneider aus Meiningen und Ebert. Als Zugmeister meldeten sich am 2. Mai

**Vorhnm.** Eine urmäßig besuchte Mitgliederversammlung des Zweigvereins tagte am 9. Mai beim Wirt Schäfer. Sie beschaffte sich mit dem auf der Konferenz in Hagen angenommenen Schiedsspruch, worüber der Kollege Winter berichtete. Die Debatte hierüber war sehr lebhaft. Am allgemeiner gaben die Kollegen zu, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht allzuviel herauszuholen sei, daß sie aber ganz leer dabei ausgehen sollten und daß man den Mitgliedern dabei das Abstimmungsrecht illusorisch gemacht habe, das war es, was die meisten tadelten und weswegen sie die Ablehnung forderten. Am Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der man den Vertretern auf der hagerner Konferenz, die dort für Annahme des Schiedspruches stimmten, die Mißbilligung aussprach, weil sie gegen das demokratische Prinzip unserer Organisation verstoßen hätten. (Es gilt also auch für die Bochumer Kollegen, was im Leitartikel der Nr. 20 von den Kölner und Breslauer Kollegen gesagt worden ist.) (Die Redaktion.)

**Vorbericht.** Am 9. Mai tagte im „Schweizerhaus“ eine öffentliche Maurerbesammlung. Nach einem kurzen beifällig aufgenommenen Referat des Gen. Piller über die Anwendung des neuen Reichsvereinsgesetzes wurde beschlossen, einen Zweigverein zu bilden. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kollege Weger als erster Vorsteher, der, Otto Albrecht als erster Kassierer gewählt. Unter „Gewerkflächliches“ erklärten sich einige Kollegen mit dem Schicksalsspruch der drei Unparteiischen, desobediens mit der Zulage von 1/3 pro Stunde, nicht einverstanden. Während der Versammlung mußte der Kollege Richard Willems aus Zwischenfurch des öffentlichen ungeschürten und unparlamentarischen Benehmens zur Ruhe bewiesen werden.

**Darmstadt.** Sonntag, 10. Mai, fand in Großzimmern eine Bezirksversammlung der Maurer statt, in der Kollege Lübbing aus Wiesbaden referierte. Es dauerte allerdings sehr die Versammlung sehr schlecht besetzt. Herzogheben ist, daß die Kollegen, die am Vortisch, die die Beamten im allgemeinen und über deren Gehalts einsprachen, durch Abwesenheit glänzten. Ein Herz für die Organisation haben unsere Kollegen überhaupt nicht mehr, denn sie ziehen die bürgerlichen Gesangsvereine vor. Kollege Lübbing befaßte die Verhandlungen in Berlin und schickte zugleich den Ausgang der Konferenz in Frankfurt a. M. Er ist der Meinung, daß, wenn wir zwar mit dem Schiedspruch nicht zufrieden sein könnten, so hätten wir aber auch trotz der schlechten Baukonjunktur keine Niederlage erlitten. Im Schluß erwähnte Kollege Lübbing, die Beschlüsse von Frankfurt a. M. anzunehmen zum Wohle der gesamten Bauarbeiterschaft. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Die Beschlüsse von Frankfurt a. M. wurden angenommen.

**Gotha.** Am 8. Mai tagte hier eine Mitglieder-  
sammlung, in der Kollege Schenk aus Erfurt über: „Die  
Tarifverhandlungen im Baugewerbe“ referierte. Er wies  
in seinem fünfviertelstündigen sehr reichenden Vortrage  
auf das Wesen der Unternehmerorganisation und deren  
Ausprägungsgehalte hin. Bis zum Jahre 1898, wo die  
Unternehmer meist in Zünften zusammengefaßt ge-  
wesen, beschränkte man sich in der Hauptsache mit der  
Einführung des Befähigungsnachweises, dem Lehrlings-  
wesen usw. Nach Gründung der Arbeitgeberverbände  
wurde die Frage der Ausprägungen aktuell und die  
Generalversammlungen in das Programm des Arbeitgeber-  
verbandes aufgenommen. Wenn es dem Unternehmertum  
bis jetzt noch nicht gelang, die Organisationen der be-  
gewerblichen Arbeiter zu zertrennen, so lag dies er-  
stens daran, daß in den letzten Jahren die Konjunktur gut war,  
und zweitens die Organisationen der baugewerblichen  
Arbeiter die Taktik des Unternehmertums durchsahen  
und ihre Organisationen stärkten. Abzweigung hat das  
Unternehmertum an den Ausprägungsplänen gearbeitet  
und an scharfmacherischen Neben hat es auch nicht ge-  
fehlte. Auf allen Generalversammlungen der Unternehmer  
immer und immer wieder darauf hingewiesen worden, daß  
es nur infolge größerer Ausprägungen möglich sei,  
sogenannten Streikfällen der Gewerkschaften zu ge-  
heuern, dann sei es möglich, die Arbeiter bei Befestigung der  
Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuscheiden. Die Unter-  
nehmer glaubten nun bei der allgemeinen wirtschaftlichen  
Krisis, die sich in der Hauptsache im Baugewerbe bemerk-  
bar macht, ihre Ausprägungsbegehre in die Tat umsetzen  
zu können. Der Arbeitgeberbund glaubte, die Zeit  
sehr geeignet, den Arbeiterorganisationen einen einheitlichen  
Musterarif aufzudrängen, wodurch der Arbeiter als glei-  
chberechtigter Kontrahent ausgeschlossen war. Die Unter-  
nehmer wollten, falls nicht überall ein einheitlicher Muster-  
arif von den Arbeitern angenommen würde, die ge-  
wöhnliche Arbeiterorganisation im Baugewerbe ausprägen. Noch in letzter  
Stunde ist man sich der Tragweite dieses gewaltigen  
Kampfes bewußt geworden; und es ist durch dritte Partei-  
versuche, die Parteien näher zu bringen.  
Der Kampf, der nicht bloß für die baugewerblichen  
Arbeiter, sondern über diese hinaus, schädlich gewesen  
wäre, abzuwehren. Aus diesem Grunde haben wir  
am 22. bis 28. April Tarifverhandlungen in Berlin be-  
gonnen. Die Vertreter der baugewerblichen Orga-



stanten, die an den Verhandlungen teilnahmen, sind sich bewusst, daß der gefällte Schiedsspruch beide Teile nicht befriedigt. Die Unternehmer wollten für beide Vertragsjahre Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eintreten lassen, die Arbeitervertreter glaubten infolge der Wertung der notwendigen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten zu müssen. Auch ein großer Teil der Kollegen ist mit diesem Resultat nicht zufrieden, weil der Arbeitslohn nicht ausreicht, unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen menschlich leben zu können und um allen Anforderungen, die Staat und Kommune an den Arbeiter stellen, gerecht zu werden. Wenn man jedoch die Verhältnisse im Baugewerbe richtig beurteilt, so muß man den Schiedsspruch annehmen, und den Vertretern der baugewerblichen Organisationen gebührt Anerkennung, daß sie bei den Beratungen das Wohl der Organisationen wahren. Von diesem Gesichtspunkte aus erweist Kollege Segen, den Schiedsspruch zu beurteilen. Kollege Seube führte noch in wortreicher Weise aus, daß die Organisationen die vornehmste Aufgabe haben, zur Zeit der wirtschaftlichen Krisis die finanziellen Ertragsverluste zu decken, und hierzu haben sich die Organisationen im Baugewerbe als fähig bewiesen. Das muß festgestellt werden, daß die Unternehmer nicht bloß auf den Wint eines Minus aber um der breiten Öffentlichkeit zu gefallen dem Schiedsspruch zustimmen, sondern die Macht der Organisationen war der Faktor mit, der die Unternehmer dazu zwingt. Wollen wir, so schloß Kollege Seube, seine Ausführungen, unsere Organisation auf eine höhere kulturelle Stufe bringen, sie so ausbauen, daß bei den nächsten Tarifabschlüssen die Interessen der Arbeiter besser als bei den jetzigen Abschlüssen berücksichtigt werden, so müssen wir nicht bloß zahlende Mitglieder, sondern wirklich ernsthafte Männer werden, bei denen der Organisationsgedanke sich eingebürgert und zur Lebensfrage geworden ist; nur dann ist es möglich, eine Macht zu entfalten, mit der das Unternehmertum bei den kommenden Tarifabschlüssen zu rechnen hat. Durch den reichen Beifall, der den Kollegen Segen und Seube zu teil wurde, war zu ersehen, daß die Kollegen dem Schiedsspruch unter den gegebenen Verhältnissen zustimmen.

**Hamburg.** Am 7. Mai hielt der Zweigverein eine Versammlung ab. Nachdem einigen Unterstützungsanträgen zugestimmt worden war, sprach Kollege Hugo Kober über die Tarifverhandlungen. Kober gab einen historischen Rückblick auf die Organisationsverhältnisse und die Entwicklung der Tarifverträge zurück. Er erwähnte, wie sich die Kampfverhältnisse der Unternehmer entwickelt hat. Bei diesen Hindernissen waren wir es, die die größten Erfolge hatten, weil die Organisationen der Unternehmer nicht die erwünschten Fortschritte machten. Die Verhältnisse änderten sich aber, aus den kleinen kriechenden und stammelnden Wesen entwickelten sich ein großer Flegel, wie kürzlich ein Gewerkschaftsorgan ganz richtig den Werdegang des Arbeitsvertrages bezeichnete. Er ist uns ein mächtiger Gegner geworden. Es muß dann von den Unternehmern Begünstigungen in Anspruch genommen werden, die Tarifverträge abgelehnt werden, wodurch sich das heutige Verhältnis herausbildet. Um unsere Position zu sichern, waren wir gezwungen, Verträge in dieser Form abzuschließen. Heute steht fest, daß die Tarifverträge von den Unternehmern als Kampfmittel gegen uns benutzt werden. Ihr Ideal ist, jetzt einen Restzins abzuschließen. Wenn sie nun behaupten, daß sie hierbei nur ideale Erwägungen und die Sorge um den Frieden im Baugewerbe leiten, so sei das eitel Wind. Ihr wirkliches Ideal sei, das Streben der Arbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein zu unterdrücken. Welche Auffassung die Unternehmer haben, geht schon daraus hervor, daß einer ihrer Vertreter während der Unterhandlung erklärte: Die Moral habe mit der Lohnreduzierung nichts zu tun. Zu diesen Plänen der Unternehmer hat unsere Organisation nicht unterlassen, demgemäße Vorbereitungen zu treffen. Es gab einen großen Teil Optimisten, auch in Hamburg, die glaubten, daß unsere Unternehmer es niemals zu einer solchen Niederkämpfung bringen würden. Die Unterhandlung in Berlin hat aber gezeigt, daß diese Meinung falsch war. Durch die Unmündigkeit der Arbeitnehmer, wie auch weiter durch die Vermittlung der Gewerkschaft für soziale Reform, ist es gelungen, den Unternehmern einen Strich durch ihre Rechnung zu machen. Jedoch schloßte dann in Kürze den Gang der Verhandlungen, und betonte, daß der Schiedsspruch einen besonderen Erfolg für uns nicht darstellt. Wenn man aber die Sache den Verhältnissen entsprechend beurteilt, so sei der Erfolg der Unternehmer auch nicht größer. Sie wollten unter allen Umständen den Kampf. Es sei sogar in einer separaten Sitzung der Unternehmer mit 40 gegen 35 Stimmen beschlossen, den Schiedsspruch nicht anzuerkennen, und es hätte nicht viel daran geklappt, so hätten sich die Herren noch im Plenum bei den Herren geklopft, wie auch weiter die Unternehmer in puncto Anstand einen Ton anschlugen, der auf die Arbeitervertreter besitzend wirkte. Immerhin habe aber nimmte die Minorität gestimmt und somit sind die Schärften der Ecken nicht auf ihre Kosten gekommen. Unter Berücksichtigung der augenblicklichen wirtschaftlichen Depression war es geboten, den Schiedsspruch unsererseits anzuerkennen. Ganz besonders traurig sehe es augenblicklich in Berlin aus, wo Tausende unserer Kollegen seit Monaten ohne Arbeit seien. Diese Verhältnisse wurden dann auch wie immer in der brutaften Weise von den Unternehmern ausgenutzt. Unsere Taktik war von der wirtschaftlichen Lage und auch von der Stärke der Unternehmer abhängig. Nach allen geschichteten Verhältnissen haben wir keine Ursache, mutlos zu sein. Wie es in der Bibel heißt, folgen den sieben mageren Jahren sieben fette Jahre, und wenn die Kollegen geschlossen zur Organisation halten, werden auch die Räume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine interessanten Ausführungen gezollt. Den Bericht von der Meißner erstattete Hartwig. Zur Kontrolle haben sich gemeldet in Hamburg 2711, Altona 402, Wilschburg 104, Schiffbeck 104, Wandsbeck 122, Nienstedten 192 und in Stellingen 58. Insgesamt haben 72 p. H. unserer Kollegen den Tag durch Arbeitsruhe gefeiert. Leider ist trotz des Beschlusses, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, auf einer Anzahl Bauten gearbeitet worden. Danach kam der Streit

der Steinmetzen zur Sprache, der inzwischen erledigt ist. Es handelte sich dabei hauptsächlich darum, wie weit die übrigen Bauberufe Solidarität zu üben hätten. In einem Sprechsaalartikler war behauptet worden, daß Versehen der Sandsteine bei Steinmetzarbeit, während man es in Hamburg nicht anders kennt, daß diese Arbeit von Maurern ausgeführt wird, in Friedenszeiten auch nicht moniert worden ist. Der Vorsitzende der Steinmetzen schloßte dann noch den Verlauf ihrer Lohnbewegung, worauf nach einer Mahnung Hartwigs zur Solidarität die Versammlung geschlossen wurde.

**Königsberg i. Pr.** In einer öffentlichen Versammlung, die am 6. Mai in Ludwigshof tagte und zu der besonders die christlichen Maurer eingeladen waren, referierte Kollege J. Gehl aus Danzig über das Thema: Welche Maßnahmen sind notwendig, um im Königsberger Baugewerbe geordnete Zustände zu schaffen. Eingangs seines Vortrages erwähnte der Referent die traurigen Verhältnisse im Baugewerbe, wie sie seit dem verstorbenen Streik im Jahre 1904 hier bestanden und ging auf die bekannte fahrigkeitsmäßige Gründung des hiesigen Ortsvereins ein. Er betonte, daß damals der Ortsverein, welcher der Berliner Zentralvorstand beiseite waren — ausgegeben hat, trotzdem der Ortsverein noch nicht dem christlichen Verband angeschlossen war. (Erlaubt nachdem Kühle von Barmar abgelöst worden, erfolgte der Anschließung.) Das ist eine ebenbürtige Unterstützung, wie die im Prolog Klose bekannt geworden. Ein ungeheurer Terrorismus ist ungehindert von seiten des Ortsvereins durch den Arbeitsnachweis ausgeübt worden. Wenn Verbandskollegen ähnlichen Terrorismus üben, würden sie hart bestraft, wie u. a. der Fall Marzahn in Breslau beweist. Der Tarif, den der Ortsverein mit den Unternehmern abgeschlossen hat, läuft am 31. März 1909 ab, muß aber bereits am 1. August dieses Jahres gekündigt werden. Die christlichen Führer aber wollen den Vertrag nicht kündigen, um noch ein Jahr länger einen Sonderzins zu haben, da ein neuer Vertrag auf Grund des vereinbarten Berliner Vertragsmusters nicht abgeschlossen zu werden braucht. Obwohl die Kündigung des jetzigen Vertrages mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, müssen die Kollegen alles daran setzen, die christlichen Kollegen auf die unaufrichtigen Pläne ihrer Führer und die Notwendigkeit der Kündigung hinzuwirken. Sonst können hier nur geordnete Verhältnisse eintreten. Erwähnenswert ist dabei, daß der christliche Zentralvorstand in Berlin von dem Treiben der hiesigen Christen sehr unangenehm berührt worden ist und sich ihres Treibens als schämen müssen. Nimmte ich jedoch anerkennen, daß später im Arbeitsnachweis kein Unterschied gemacht werden darf und so wird es auch hier möglich sein, daß Verbandskollegen durch den Arbeitsnachweis Arbeit erhalten werden, womit schon viel erreicht ist. Redner brachte dann noch einige traurige Fälle von Streikbrechern der Christen zur Sprache (so voriges Jahr in Remel und jetzt in Meise). S. e. s. b. u. g. (S. e. s. b. u. g.) und betonte, daß in solcher Organisation sein bleiben für zeitlich denkende Kollegen ist, diese sich vielmehr wieder dem Verband anschließen müssen. Er gedachte dann noch in warmen Worten des Kollegen Klose, der, obwohl er nur den Kollegen zur Arbeit verschaffen, in den nächsten Tagen auf ein Jahr nach der Strafanklage P. r. K. o. l. l. a. n. d. überführt wird und wünschte, daß er gesund an Leib und Seele wieder in unsere Reihen trete. So dann ging Kollege Gehl auf die Lohnbewegungen in der Provinz ein, die meistens einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Nur in Wittenburg haben die Unternehmer, die erklärt haben, aus dem Bund auszutreten, sich nicht an den Mitarbeiter gehalten und die Stundenlöhne um 5 S. gekürzt. Bei den Verhandlungen des Mitarbeiter ist nicht viel erreicht worden, deswegen muß jetzt alles daran gesetzt werden, um die Rüden in unseren Reihen zu füllen, damit später bei besserer Konjunktur mehr erreicht wird. In der Diskussion forderte Kollege Kriese zunächst die christlichen Kollegen zum Worte auf, jedoch meldete sich niemand. Da Kollmar auf den Bauten vor dem Besuch der Versammlung gelockt hatte, waren auch nicht viele erschienen, ein Beweis dafür, daß die Leute allen Grund haben, die Öffentlichkeit zu scheuen. Kollege Gröpmann, der sich noch nicht dem Verband angeschlossen hat, bemängelte das Vertragsmuster, bezweifelte die Macht des Parlamentarismus und bewachte den Indifferenzismus der Kollegen. Kollege Berg wies die Frage auf, ob der Staatsanwalt auch gegen die damaligen christlichen Unterstützungsbüro gehen wird. Kriese gedachte des vom Stadtverordneten Sandmann ausgeführten Vorgesetzten der Wittenburg, wo Maurer aus den entlegenen Dörfern beschäftigt werden, während die hiesigen Kollegen mit ihren Familien hungern müssen. Da der Magistrat dort die Lust hat, ist er auch verpflichtet, dafür einzutreten, daß in erster Linie die Kollegen, die ihre Steuern der Kommune entrichten müssen, Arbeit erhalten. In seinem Schlußwort stellte der Referent nochmals fest, daß die ersten christlichen Verbandsbüros, die den Namen des Vorstehers Wiebeberg trugen, ohne dessen Wissen und Willen hergestellt sind, bis jetzt jedoch nicht festgestellt ist, wer die Fälschung begangen hat. Bezüglich des Vertragsmusters überlegt er die in der Diskussion geäußerten Bedenken, jedoch kann bei der jetzigen vergewaltigten Lage eine bestimmte Taktik nicht empfohlen werden. Der Parlamentarismus kann gerade hier in der „dunklen Erde“ sehr gut zur Aufklärung der noch so rückständigen Arbeiterklasse angewandt werden, weil meistens keine andere Möglichkeit hierzu vorhanden ist. Nach einem kräftigen Appell an die noch abseits stehenden Kollegen, sich alle in einer Organisation zu vereinigen, damit hier recht bald bessere Zustände geschaffen werden können, erfolgte mit einem Hoch auf den Verband Schluß der Versammlung.

**Raucha.** Nachdem nunmehr auch hier in Raucha die Lohnbewegung zur Einigung geführt hat, ist es Pflicht aller Kollegen, die mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen strikte durchzuführen. Wie schwer es gefallen ist, den hiesigen Unternehmern einige Zugeständnisse abzugewinnen, haben wir an eigenen Leiden verspüren müssen. So minimal unsere Forderung auch sein mochte, die Unternehmer haben sich doch nicht genügt, sie zu bewilligen. Darum Kollegen, haltet die Augen auf und agitiert ein jeder nach seinen Kräften, damit auch die noch indifferenten

Kollegen Mitglieder unseres Verbandes werden. Wenn wir weiter so schlafmüßig einhergehen, so werden wir niemals in der Lage sein, einen für uns angemessenen Lohn zu erreichen. Unsere diesjährige Lohnbewegung hat uns gezeigt, wie rücksichtslos die Unternehmer gegen uns vorgegangen sind, indem sie sich einen Krupp Italiener nennen ließen, um uns dadurch kampfsüchtig zu machen. Natürlich haben sich diese Herren sehr geäußert, denn sämtliche Italiener haben wir für unsere Organisation gemonnen, so weit diese nicht schon organisiert waren. Wenn wir angesichts dieser Zustände immer noch sehen müssen, daß so viele unserer Kollegen noch indifferent herumlaufen, so ist dies besämannend genug für uns. Kollegen von Raucha! Nehmet Euch ein Beispiel an den italienischen Kollegen; tretet ein in unsere Organisation; sie allein wird uns zum Siege führen.

**Wissa i. P.** Der hiesige Zweigverein hielt am 7. Mai seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es ist zu bedauern, daß von 130 Mitgliedern nur circa 33 erschienen waren. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom ersten Quartal, die von den Revisoren bestätigt wurde. Darauf wurde dem Kassierer Rechnung erteilt. Ueber den Schiedsspruch, der am 27. April 1908 zu Berlin gefaßt wurde, referierte Kollege Feld, indem er den Kollegen die einzelnen Punkte darlegte und sie aufforderte, diese anzunehmen, was auch geschah. Hierauf wurde die Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Breslau vorgenommen.

**Lübeck.** Ueber die Einigungsverhandlungen in Berlin verhandelte am 2. Mai eine außerordentliche Versammlung des Zweigvereins. Den Bericht erstattete der Kassierer, Kollege Miel. Er tat das in erschöpfender Weise. Dabei verurteilte der Kollege Miel den Artikel in Nr. 15 des Fachorgans, wonach die Kollegen, die anderer Meinung sind, aus den vorbereiteten Reihen zu streichen sollten. Mit solchen Argumenten wird nur Zwietracht in die Reihen der Mitglieder getragen. Dieser Bericht rief eine äußerst scharfe Debatte hervor. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Zentralvorstand nicht berechtigt sei, über die Köpfe der Mitglieder hinweg solchen Vertrag anzunehmen. Weiter wurden die Artikel des „Grundstein“ als ganz verfehlt bezeichnet; die Redaktion hätte unsere Resolution nicht mit der der Viesfelder Unternehmer auf eine Stufe stellen dürfen. Es gewinnt den Anschein, als wenn die Redaktion die Resolution sehr einseitig aufgefäht hat; denn wie die Viesfelder Verhältnisse kennt, und das mußte man doch bei der Redaktion voraussetzen, weiß, daß sich der Viesfelder Zweigverein von jeher dem angeschlossenen hat, was dem Gesamtwohl zum Vorteil gereichte. Jetzt hätte es freilich den Anschein, als ob der Schiedsspruch nicht angenommen werden sollte, aber nachdem einige Kollegen für die Annahme gesprochen hatten, glätteten sich die Wogen der Erregung. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Majorität für die Annahme; abgegeben wurden insgesamt 285 Stimmen, davon waren 216 für Annahme, 65 dagegen und 4 waren unglücklich. Somit haben die Viesfelder Kollegen bewiesen, daß am Lübeck allein der gewaltige Kampf nicht heraufbeschworen werden soll.

**Mains.** (Zahlfeste Bodenheim.) In dieser dunklen Erde hat unser Verband seit einigen Wochen seinen Einzug gehalten. Es fanden einige Versammlungen im Lokale des Herrn Scholles statt, wo den Maurern die Lage im Baugewerbe vor Augen geführt wurde. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bodenheim nicht die besten sind. In Bodenheim besteht noch die eintägige Arbeitszeit und ein Schichtlohn von 40 S. Schlußwörter, Abrechnung der Kassenlage, Bauhilfen und Worte, die man in Bodenheim überhört nicht. Daß man die Arbeiter auf diese unglücklichen Zustände aufmerksam machte, halfen den Herren Unternehmern und auch dem Bürgermeister Weder nicht in den Kram. Am 11. Mai feierte der Unternehmer Feindner unseren Vertrauensmann auf die Straße, weil er ein Aufhänger sei. Daraufhin war für den 12. Mai eine Maurerversammlung beim Gastwirt Scholles einberufen. Der Bürgermeister Weder konnte das nicht zugeben; er beauftragte die Gendarmen, zu dem Wirt Scholles zu gehen und diesen aufzufordern, sein Lokal nicht für solche Versammlungen herzugeben, sonst bestimme er den Vorpost für das Militär verhängt, das würde dann in allen Kavernen angeschlagen. Der Wirt Scholles hat darauf sein Lokal für die Versammlung verweigert. Die Versammlung wurde jedoch in der Privatwohnung eines Kollegen abgehalten. Der Bürgermeister von Bodenheim scheint der Ansicht zu sein, er sei dazu berufen, den Maurerverband zu vernichten. Er wird sich bei dem Geschäftswort die Hände ausstrecken.

**Niederhorne.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte hier am 10. Mai. Sie war leider nur von 12 Kollegen besucht. Zunächst erfolgte die Verlesung der Quartalsabrechnung und die Uebergabe der Verwaltung an den neuen Vorstand. Es fehlte leider der bisherige Vorsitzende, was allseitig bedauert wurde, zumal er im vergangenen Geschäftsjahre seine Pflicht nicht in dem Maße erfüllt hat, wie man es von einem Vorstehenden verlangen muß, dies war wohl auch der Grund, daß er sich in der Versammlung nicht sehen ließ. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden müßten. Die Kollegen erklärten, diese Notwendigkeit habe lediglich der alte Vorstand verschuldet, indem er niemals Versammlungen einberufen und auch sonst nicht für den Zweigverein gewirkt habe.

**Worzhelm.** In der Mitgliederversammlung am 13. Mai hielt Genosse Stöcker einen sehr praktisch aufgebauten Vortrag über die Krankenversicherung. Hierbei wurde in der anschließenden Diskussion bedauert, daß die Kollegen sehr oft alles ruhig hinnehmen, was von der Innungs-Krankenkasse getan wird. Es scheint, als wenn sich Unterjochung der 12000 viel rigorosier gegen die Kranken vorgegangen würde. Ein nicht mehr ungewöhnliches Mittel ist bei dieser Kasse die Entziehung des Krankengeldes und Ueberweisung ins Krankenhaus, selbst bei Familienältern. Will man durch derartige Schikanen etwa die 12000 wieder einbringen? Unsere Generalversammlungsmittglieder werden am 25. Mai mit der Kasse ein erstes Wort zu reden haben. Auf alle Fälle dürfen



die Kollegen diese Dinge nicht so ruhig hinnehmen, sondern sofort, d. h. natürlich, wenn das Mitglied nichts verschuldet hat, bei der Aufsichtsbeförderung (Bürgermeisteramt) Beschwerde einlegen. Gestattet wurde der schwache Wunsch der Versammlung. Es ist höchst notwendig, daß bei den folgenden drei Vorträgen über die Arbeiterversicherung, wozu Arbeitersekretär Willy aus Karlsruhe gewonnen wurde, die Mitglieder vollständig erscheinen. In einem anderen Punkte faßte die Versammlung einstimmig den Beschluß, daß die Kollegen, die am Schlusse des zweiten Quartals mehr als neun Wochen rückständig sind, wegen Kasse gestrichen werden. Eine längere Debatte entspann sich noch über die Verlegung des Vereinslokals. Der Vorstand wurde beauftragt, die Frage weiter zu klären, so daß in der Quartals-Generalversammlung ein endgültiger Beschluß herbeigeführt werden kann.

**Köln.** Sozialdemokratische und andere Vereinigungen. So lautete das Thema, das aus der Tagesordnung einer am 11. Mai geplanten großen Versammlung für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und ihre Gönner steht. Selbstverständlich fanden sich als „Gönner“ viele Mitglieder aus freien Verbänden ein, um die Neuglieder aus dem Munde eines wackelhaften Christen, namens Meier, aus Berlin zu erfahren. Die Christlichen schienen ob des Massenbesuchs aus dem gedächtest Lager nicht besonders beherztig zu sein; denn der Beginn der Versammlung wurde durch langes, stilles Beiraten sehr hinausgeschoben. Als die Versammlung endlich anfang, erbat Kollege Riese (Zentralverband) das Wort zur Geschäftsordnung, das ihm aber verweigert wurde. Riese wollte eine Bureaureise; sie wurde aber durch den Einbrucher abgelehnt. Einige Proteste erfolgten. Der Einbrucher fragte titulierend darauf die Versammelten als Epibuben und stellte ihnen in Aussicht, rausgeschmissen zu werden. Ob dieses Verhaltens hagelten die Proteste dichter und der Einbrucher vertrat die Versammlung auf 10 Minuten. Als die Versammlung wieder eröffnet worden war, protestierte Ruminiski (Zentral) gegen den Ausbruch „Epibuben“ und verlangte, daß diese Beleidigung zurückgenommen würde. Ruminiski wurde die christliche Freundschaft dadurch gekündigt, daß ihm der Saal verwiesen wurde. Den Protest Ruminiski nahm sofort Gschowitski (Zentral) auf und da erklärte Karz: Was gesehen ist, ist gesehen, dafür gibt der Jude nichts. Ob dieses Verhaltens brach ein Sturm los und die Versammlung wurde durch die Ueberwachtung aufgelöst. Wir fragen uns, haben die Christlichen keinen anderen Vortragsstoff für nach einem gemeinsamen Zusammengehen im Lohnkampf? Noch ist der für Posen vereinbarte Tarif durch den Arbeitgeberbund nicht bestätigt und schon zeigt man seinen wirtschaftlichen Gegnern die vermeintliche Einigkeit in gegenseitigen Bruderkämpfen. Da dieses Thema zur Gerabekung der Zentralverbände dienen sollte, so wird sich unter Zweigvereinen in kürzester Zeit in einer Versammlung nicht über „Beleidigungen“, sondern über „Wahrheiten“ aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung unterhalten. Da zu diesem Thema viel Stoff vorhanden ist, so dürfte der „christliche Verband“ wohl auf seine Rechnung kommen.

**Stettin.** Die am 6. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dem in Berlin gefällten Schiedsspruch. Nach dem Referat des Kollegen Schauer sprachen sich die Kollegen mit einer Ausnahme gegen den Schiedsspruch aus. Die vom Gausvorsitzenden gestellte Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Stettin beauftragt die Kommission, den Vertragsschluß mit dem Arbeitgeberverband auf der Grundlage des in Berlin vereinbarten Tarifes im Sinne des Schiedsspruchs zu beschließen“, wurde mit 122 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die von Petersdorf eingebrachte Resolution: „Die heutige Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß, nachdem mit dem neuen Arbeitgeberverband ein Tarif abgeschlossen ist, in welchem sich die gegenseitigen Organisationen als maßgebende Faktoren anerkennen, bis jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, um an den alten Arbeitgeberverband als Abschluß eines Tarifvertrages heranzutreten“, wurde gleichfalls abgelehnt. Von den meisten Rednern wurde auf die Unannehmlichkeit des Tarifes hingewiesen, da in demselben zu viele Verschlechterungen vorhanden seien. Die Kollegen auf der Baumbrücke haben, nachdem die betreffende Arbeitsordnung umgeändert worden ist und die beiden Streikbrecher entlassen sind, die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurde ihnen von der Versammlung auf Antrag der Kommission Streikunterstützung vom ersten Tage an zugesprochen. Der Unternehmer Sabban hat den Kollegen Fritz Schmidt bei der Arbeit geschlagen. Nach einer Sitzung hat der Unternehmer dem Kollegen M. 7 Schmerzensgeld gegeben und den beiden Kollegen, die auf derselben Arbeitsstelle arbeiteten und deshalb die Arbeit niederlegten, den verfallenen halben Tag bezahlt, außerdem ist Anzeige wegen Körperverletzung erfolgt. Nachdem das Unterstützungsgesuch eines Kollegen abgelehnt worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Christlicher Streikbruch in Mewe.

Den der christlichen Bezirksleitung in Danzig gemachten Vorwurf, sie habe ihre Mitglieder anlässlich der Baupolizei gegen den Unternehmer Schulz in Mewe gezwungen, als Streikbrecher zu arbeiten, sucht sie durch einen Artikel in Nr. 18 der „Baugewerkschaft“ von sich abzuwälzen. Wir wissen wohl, daß ein Teil der christlichen Gewerkschaftsführer prinzipiell mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht, daß man aber den Tatsachen derartige Gewalt antun kann, haben wir bisher selbst von diesen Führern nicht erwartet. Wir wollen, um weiteren Verberbungen die Spitze abzubrechen, den Sachverhalt noch kurz einmal schildern. Die zahllose Mewe-unserer Verbandes hat mit der Unternehmerin in Mewe einen Vertrag abgeschlossen, der bis zum 30. April 1908 Gültigkeit hatte. Im September 1907 schrieb Herr Schulz an die Verbandsleitung, daß die bei ihm beschäftigten Mitglieder des deutschen Maurerverbandes höhere Löhne gefordert hätten und damit vertragsbrüchig geworden seien. Der Vertrag wurde deshalb auch für ihn geteilt, wenn unsere Kollegen deshalb hätten, dann wären wir unter keinen Umständen damit einverstanden gewesen. Wir haben dann den Sachverhalt geprüft und festgestellt, daß Herr Schulz infolge Mangels an Maurern einen Teil

der bei ihm beschäftigten Kollegen den Lohn freiwillig um 2 bis 5 % erhöht hatte. Darauf hatten sich dann drei Kollegen, die auf verschiedenen Bauten arbeiteten, an den Unternehmer oder an den Polier gewandt und verlangt, daß sie mit den anderen Kollegen gleichgestellt würden. Dies ist dann auch geschehen. Damit sollen nun unsere Kollegen vertragsbrüchig geworden sein. Wir haben Herrn Schulz das Resultat unserer Ermittlungen dann mitgeteilt und erklärt, daß wir darin keinen Vertragsbruch erblicken könnten und nach wie vor an dem Vertrage festhalten. Im Frühjahr dieses Jahres gab nun Herr Schulz eine Arbeitsordnung heraus und verlangte von unseren Kollegen, daß sie auch bei Landarbeiten morgens um 6 Uhr die Arbeit begännen und am Sonnabend bis 7 Uhr abends arbeiten sollten. Bisher haben unsere Kollegen jede Woche einen Weg hin und einen Weg zurück frei. Mündlich erklärte sich Herr Schulz, auf seine Verhandlung mehr einlassen zu wollen. Demzufolge blieb uns nichts anderes übrig, als die Sperre zu verhängen. Im Bahnhofsgelände in Al. Krug arbeiteten nun drei christliche und zwei von unseren Kollegen; die auf unsere Aufforderung hin die Arbeit einstellten. Die Müller nun selbst schreibt, wurden sie von dem christlichen Kartellvorsitzenden Meister in Danzig wieder an die Arbeit getrieben und unsere drei Kollegen wurden durch drei andere Christliche ersetzt. Dann schrieb der christliche Bauleiter Müller dem Unternehmer Schulz in einem Brief: „Er würde ihm soviel Maurer zur Verfügung stellen, als er bedürfte.“ Diese Tatsache hat uns Müller in seiner Wohnung in Zeugeneigenschaft ausgegeben; sie kann daher nicht abgelehnt werden. Bei dieser Gelegenheit haben wir dem Müller den Sachverhalt dann auch auseinander gesetzt und er versprach, die Sache zu forrieren. Trotz diesem Versprechen ist Herr Müller dann Tags darauf hingegangen und hat seinen Kollegen erklärt, sie müßten unter allen Umständen weiter arbeiten. Es ist also Tatsache, christlich organisierte Arbeiter sind durch ihre Führer gezwungen worden, als Streikbrecher zu arbeiten. Müller sagt beteuert die Unwahrheit, wenn er sagt, wir hätten den Vertragsbruch unserer Kollegen gutgeheißen. Wir haben bestritten, daß überhaupt ein Vertragsbruch vorlag. Müller sagt die Unwahrheit, wenn er behauptet, sämtliche Maurer hätten mehr Lohn verlangt. Müller sagt die Unwahrheit, wenn er behauptet, Genosse Grünhagen habe ihm dieses bezeugt. Müller versucht sich weiter damit herauszuheben, wir hätten ihm keine Mitteilung davon gemacht, daß wir die Sperre verhängen wollten. Er scheint danach zu verlangen, daß wir ihn in Danzig fragen sollen, ob wir in Mewe freitrenn dürfen, obwohl dort kein christliches Mitglied vorhanden ist. Wenn es ihm auf Information ankommt, warum hat er sich dann nicht an uns gewandt oder den „Grundstein“ gelesen? Warum mußte er sich an den Unternehmer wenden? Die Antwort liegt auf der Hand: Müller wollte sich durch die Schaffung einer Streikbrecherorga die Gunst der Unternehmer sichern, um dann eine christliche Organisation in Mewe zu schaffen, deren Zuständigkeiten bisher an dem gesunden Sinn unserer dortigen Kollegen gescheitert ist. Auf deutsch heißt eine derartige Handlungsweise „Verrat der Arbeiterinteressen“. Bezüglich des Forderungsbetrages bemerken wir, daß die Fahrt Belpin-Poppel 4. Klasse 1.80 kostet und nicht, wie Müller angibt, 1.75. Auch verlangte die in Nr. 18 des „Grundstein“ genannten Schiffe als Bedingung ihrer Reise pro Mann 1.80, was sich dann aber schließlich auf 3.60 aufrieden. Es ist unmöglich, wenn Müller behauptet, wir hätten Maurer nach Argentinien geschickt. Als der christliche Bezirksleiter Kraus uns dies mitteilte, haben wir ihm geschrieben, es sei uns unbekannt, daß Danziger Kollegen nach dort geschickt seien; wir hätten in keinem einzigen Falle Kollegen nach dort geschickt. Wenn Müller den Streik in Argentinien aber als berechtigt anerkennt und den Streik unserer Kollegen in Mewe nicht, dann ist das mindestens eine Gehirnerkrankung sonderbarster Art. Sollte da die christliche Organisationsleitung nicht verpflichtet sein, sich seiner zu erbarmen?

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Zeit vom 10. bis 16. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Springe M. 100, Ergeberg 100, Jordan-Paradies 100, Grauberg 100. Summa M. 400.

Zufüsse erhielten: Berlin M. 3000, Dierberg 300, Dortmund 300, Dresden 300, Hufschuß 250, Meiersberg 150, Pina 150, Ransbühl 80. Summa M. 4530.

Mitona, den 16. Mai 1908.

Karl Reich, Kassapflichter, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

**Kollegen! Unterlaßt ihr, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen jaglichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

Euch haben. In der vorigen Woche fiel ein Kollege durch einen Sturz von einem circa 12 m hohen Gerüst und erlitt dabei eine Rippenverletzung. **Erfurt.** Ein schwerer Baunnglück ereignete sich Donnerstag, den 14. Mai, früh 6 Uhr, auf dem Neubau der städtischen Oberrealschule. Als die am Bau beschäftigten Arbeiter im Begriff waren, sich auf den im Leppenhäus aufgestellten Leitern auf ihre Arbeitsstellen zu begeben, gab mit einem Male der Leitergang nach und jeder der darauf befindlichen Personen stürzte aus einer Höhe von circa 8 m in die Tiefe. Sie erlitten so schwere Verletzungen, daß sich bei allen sechs Verunglückten die Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Als Ursache des Unfalles ist zu betrachten, daß ein Gerüstbein, der den Wankelstand halten mußte, auf dem der Leiter stand, moßig war; er konnte die Last der zur Arbeit antretenden Personen nicht aushalten und brach durch; außerdem war

die Entfernung zwischen den einzelnen Gerüstbeinen zu groß, um den großen Belastung standzuhalten. Der gebrochene Hebel wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und gesperrt. Trotzdem wurde den Polizisten an den Abdeckungen gearbeitet, wahrscheinlich deshalb, um bei einer etwaigen Untersuchung alles in bester Ordnung zu haben, damit den verantwortlichen Bauleitern keine Schuld an dem Unfall trifft. Von Augenzeugen wird berichtet, daß das Baunnglück zu verhindern gewesen wäre. Die Bauarbeiterkommission, die diese Mängel schon beim flüchtigen Einsehen wahrnahm, hatte auf diesem Bau keinen Zutritt. Man muß sich fragen, wo bleibt da die behördliche Baukontrolle und die Kontrolle durch die Unfallversicherungsgesellschaft. Als die Verletzten einigermaßen verbunden werden sollten, zeigte es sich, daß das Verbandsgewand in einem sehr traurigen Zustande war; das notwendige mußte erst von dem nahen Polizeirevier herbeigebracht werden. Wundbeugen und Handbühnen, die laut Unfallversicherungsbestimmungen vorhanden sein sollten, fehlten gänzlich. Am diesem Bau ist es fast soweit gekommen, daß der, der für Zuneigung der Unfallversicherungsgesellschaft, und auch sonst bessere Zustände fordert, unweigerlich auf Straßenpflaster steigt. Auch dieser Unglücksfall lehrt wieder, daß sich die Aufsichtsbeförderung ernstlich mit der Heranziehung von Arbeitern zur amtlichen Baukontrolle befassen muß. Denn nur dadurch können derartige Unfälle mindestens auf ein Minimum beschränkt werden.

**Hirschberg i. Schl.** Am 14. Mai fiel ein Maurerleibling auf dem Umbau der Kaserne ein Stodwerk tief herab und brach ein Bein. Er wollte eineniegel holen und passierte dabei die Balkenlage, die an diesem statischen Bau nicht abgedeckt war. Dabei tat er einen Schritt. Zum Glück und aus purem Zufall fiel er auf eine Stelle, die abgedeckt war. Rechts und links davon gähnte die Tiefe von zwei weiteren Stodwerken. Nach dem Unfall wurde sogleich alles abgedeckt, warum nicht schon, ehe ein junger Mensch zum Krüppel wurde? Wenn sich die Arbeiterkraft der solchen Unfällen schiffen will, muß sie die Mängel der Bauarbeiterkommission melden, die wird das weitere beanstanden.

**Limau.** Ein tödlicher Baunnglück ereignete sich am 11. Mai in dem zwei-Stunden entfernten Stillerbach auf dem Neubau des Unternehmers Gochel. Die Mauer der Hinterfront 60 Zahre in einer Länge von 9 m ein und begrub einen 40 Jahre alten italienischen Maurer. Das Gelände steigt nach hinten und die angefüllte Erde drückte die 40 cm starke Mauer fort. Wer trägt die Schuld? Bei dem betreffenden Unternehmer ist schon vor Jahren ein Stalgebäude eingestürzt und ein Arbeiter erlitt beim Abbrüche einer Regelbahn einen doppelten Beinbruch. Kollegen von Limau und Umgegend, wach auf und tut auch in bezug auf Bauarbeiterchutz eure Pflicht!

**Kallberge.** Auf dem Gute von Siemens & Halske in Biesdorf b. Berlin wird seit dem 25. April d. J. an der Verbrückung der Branda des Schlosses gearbeitet. Der Bauausführende Maurermeister ist Georg Liesegang aus Neuenhagen a. b. Odessa, der leitende Maurerpolier Otto Weber aus Tashoff. Am 15. Mai waren sechs Maurer damit beschäftigt, die Kappen auszuheben. Die Maurer Karl Gschig aus Kallberge und Ernst Andre aus Alt-Kallberge hatten die erste Kappe abgewälzt und von dem Polier die Weisung erhalten, die dritte Kappe auszuheben. Gschig haute Steine zum Wierlegen und stand neben dem vollen Wiederkasten auf der vierten Kappe. Andre haute die Wiederkaste in der Wand nach. Ohne daß vorher jemand etwas gemerkt hatte, gingen die Kappen 3, 4 und 5 ab. Gschig hürzte herab, während sich Andre an der Wand festhalten konnte, bis er von den anderen Kollegen hochgezogen werden konnte. Gschig lag unten. Der volle Wiederkasten war auf ihn gefallen und hatte ihm den linken Oberarm arg gequetscht; außerdem hatte er den linken Fuß verstaucht und innere Verletzungen davongetragen. Der Polier ließ ihn im Keller an einen Pfeiler legen, und nun konnte er liegen und über die Geschehnisse nachdenken. Der Kollege Andre aus Berlin machte den Polier darauf aufmerksam, daß Gschig so nicht liegen bleiben könne; er müsse mit einem Wagen nach Hause geschafft werden. Da zufällig das Fuhrwerk des Meisters mit Kalk und Zement da war, wurde dieses schnell abgeladen, leere Sade wurden auf den Wagen gelegt, und man schlepte den Verletzten in die Stutterfanten. Dann ging auf elendem Fuhrwerk 35 Kilometer bis nach Kallberge; die Fahrt dauerte vier Stunden. Gegen diesen Transport protestierte der Verletzte, und auch der Kollege Andre legte sich dagegen ins Mittel. Der Polier meinte aber, er habe 20 bis 30 Sade auf den Wagen legen lassen und das wäre so gut, für besseren Transport könne er nicht sorgen. Mit den Worten: „Jeder an seine Arbeit“, schnitt der Polier alle weiteren Einreden ab. Man muß nun abwarten, ob der Polier den Unfall meldet.

**Rangendree.** Durch die Frierlegung einer Straße war hier das ganze Kellergeschoß des Hotels Wonscheid freigelegt worden. Dies macht für der Wirt zu nahe, indem er die Kellerräume zu einer Schankstube umarbeiten läßt. Mit der Ausführung dieser Arbeiten ist der Unternehmer Paderberg von Laer seit einigen Monaten am Werke. Gegenwärtig ist man im Innern mit der Herstellung eines Biercellers beschäftigt. Um hierbei möglichst billig zu verfahren, und um die Umfassungsmauern nicht auch unterfangen zu müssen, hat man um diese herum ungefähr einen Meter Erde stehen gelassen und dann die Grube etwa zwei Meter tief ausgehauet. Durch das tiefer Einbringen in das Erdreich hat sich auch Grundwasser eingestellt; außerdem war nichts abgesprengt. Als die Maurer bereits mit dem Ausmauern beschäftigt waren, löste sich eine der stehengebliebenen Bohnenwände und begrub unseren Kollegen Robert Galtzart. Man trug ihn in die Waidube und brachte ihn dann mit einem Wagen nach dem Krankenhaus. Angehends waren die Verletzungen, die er davongetragen hatte, nur geringfügiger Natur, er klagte über Schmerzen am rechten Fuß. Ob das Bauamt diese hier geschilderte Bauweise so genehmigt hat, konnten wir nicht feststellen.

**Malsberg a. d. Elbe.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am 9. Mai auf dem Neubau des Unternehmers Wülfert in Malsberg. Dort waren die Maurer und Zimmerer beim Richten des Dachstuhl. Das Holz wurde mit einem Seil heraufgezogen. Bei einem Ruck rutschte das Seil ab, der Balken fiel herunter und traf den Kollegen Raspe so unglücklich



